

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Anzeigenspalte kostet 1/2 - 1/3. Tagesausgabe 50%, "kleine Anzeigen", das ist, gedruckt Wort 1,- 1/2 (zwei oder drei Worte), jedes weitere Wort 1/2. Die Stellenanzeige und Schlußzeilen sind das erste Wort 1/2, jedes weitere Wort 1/4. Die Stellenanzeigen sind für zwei Worte. Anzeigensätze 50%, Familien-Anzeigen für Abonnenten 1/2. 1/2 - 1/3. politische und gewerbliche. Vereins-Anzeigen 1/2. 1/3. die Stelle ohne Ausschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 3 Uhr nachmittags im Druckerei-Büro in der Lindenstraße 68 abgegeben werden. Sonstige von 9 Uhr früh bis 3 Uhr abends.

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3  
Erschienen: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197

Freitag, den 28. Januar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3  
Erschienen: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54

## Tschechoslowakische Außenpolitik.

Rede Dr. Benesch.

Prag, 27. Januar. (Zl.) Außenminister Dr. Benesch sprach im Abgeordnetenhause seine bevorstehende Reise nach Rom und sagte, Italien nehme zu den Fragen Mitteleuropas einen Standpunkt ein, der den Beziehungen zwischen Jugoslawien, Rumänien und der tschechoslowakischen Republik entspreche.

Die Reise nach Rom bezwecke eine Festlegung dieser Politik, eine direkte Verständigung mit Italien

in der ungarischen, österreichischen und in der habsburgischen Frage und in der Frage des Versuches der Wiederherstellung des ehemaligen Donauraumes sowohl in wirtschaftlicher wie in politischer Hinsicht. Zum österreichischen Problem sagte Dr. Benesch, die Frage nach dem Anschluß Österreichs an Deutschland könne in Wirklichkeit nicht gestellt werden. Die internationale Lage gestalte nicht die Aenderung des Anschlußverbots von St. Germain. In Deutschland selbst werde nicht daran gedacht. Wenn in gewissen politischen Kreisen auf diese Möglichkeit für die Zukunft verwiesen wird, so geschieht es vornehmlich in der Absicht, eine internationale Hilfe durchzusetzen. Auch das Dilemma —

Anschluß an Deutschland oder Donauabderation

entbehre einer ersten Grundlage. Die Absicht, auf uns oder andere Nachbarn einen Druck auszuüben, läßt sich nicht verkennen. Die Tschechoslowakei habe a priori abgelehnt. Uebrigens denke auch in Österreich, abgesehen von einigen wenigen Theoretikern, niemand daran. Aus Traditionen der Barkriegszeit lasse sich erklären, daß diese Idee in gewissen französischen und englischen Kreisen hier und da Anklang findet. Doch stehe fest, daß das mitteleuropäische Problem auf diese Weise nicht gelöst werden kann. Das Problem Mitteleuropas, wie es während des Krieges geschaffen wurde, sei für die Tschechoslowakei von hervorragender Wichtigkeit. In Mitteleuropa sei die Schaffung eines neuen politischen und wirtschaftlichen Systems notwendig, das den Frieden sichere. Es würde die endgültige Verständigung der Tschechoslowakei mit Österreich, Ungarn, Jugoslawien und Jugoslawiens mit Österreich, Ungarn und Rumänien bedeuten. Die

kurzfristigen Wirtschaftsverträge mit Deutschland

erwähnte Benesch nur kurz. Zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland habe sich auf Grund der Friedensverträge im Laufe der letzten zwei Jahre eine gewisse Tradition anständigen nachbarlichen Zusammenlebens herausgebildet. Die wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Staaten ruhen natürlich auf einer ziemlich festen Grundlage, es gebe

keinen Konflikt

zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei, und er hoffe, daß es auch in der Zukunft keinen geben werde. Vor kurzer Zeit bestand in Deutschland eine gewisse Gefahr monarchistischer Umstürze, welche vorübergehend und gegen die wir uns entschieden zur Wehr gesetzt hätten. Der wirtschaftliche Verkehr sei reger. Er trage dazu bei, den sozialen Frieden und die Ruhe zu befestigen. Der Minister wies dann darauf hin, daß das Verhältnis Polens zu Rußland eine Frage der beiden Nationen selbst sei.

Das künftige Rußland werde allzu stark sein,

als das Polen damit nicht rechnen dürfte. Die internationale Auffassung über Polen gehe dahin, auch Polen müsse so stark sein, daß Rußland darauf Rücksicht nehmen müsse.

Ueber das Verhältnis zu Ungarn

sagte der Minister: Die Wiedererrichtung des ehemaligen Kaisers Karls wäre für einige Nachbarstaaten ein tatsächlicher und berechtigter Kriegsfall. Die Einsetzung einer ausländischen Dynastie oder eines magyarischen Aristokraten scheint weder aktuell, noch gut möglich. Aus der Entschließung der Völkerverkonferenz vom 2. Februar 1920 geht hervor, daß die Rückkehr der habsburgischen Dynastie, in welcher Form und welcher Person immer, auf irgendeinen Thron in Zentraleuropa ausgeschlossen ist. Wir geben der republikanischen Lösung in Ungarn den Vorzug vor jeder anderen. Dann könnte von einer rascheren und leichteren Annäherung, Freundschaft, Zusammenarbeit, eventuell Hilfe, gesprochen werden.

In Besprechung des Verhältnisses zu

Polen

sagte Benesch: Nach der Lösung des tschechischen Konfliktes, trotzdem sie uns nicht befriedigt, betrachtet die Regierung unseren Konflikt mit Polen als definitiv gelöst und will systematisch eine Politik der Annäherung treiben.

Unsere Politik gegenüber

Rußland

ist die der Nichtintervention — es versteht sich, der gegenseitigen. Nach der Niederlage Brangels denkt niemand mehr an eine Intervention. Die Lösung des Problems muß den Russen allein überlassen werden. Man spricht heute von einem eventuellen bolschewistischen Angriff gegen seine Nachbarn im Frühjahr. Unsere Republik wird sich mit äußerster Entschiedenheit gegen einen Angriff auf unser Gebiet, von welcher Seite immer, stellen. Ganz objektiv genommen, kann man schließen, daß die Politik der Nichtintervention vielleicht eine raschere Lösung des heutigen russischen Problems herbeiführen wird. Daß das heutige Regime sich noch lange in der gegenwärtigen Form erhalten kann, ist überhaupt ausgeschlossen.

Unser Verhältnis zu Jugoslawien ist durch unseren Allianzvertrag und unser Uebereinkommen mit Rumänien, oder mit anderen Worten, durch die Politik der sogenannten

Kleinen Entente

gegeben, deren Politik sozusagen überhaupt eine internationale Notwendigkeit ist. Wir würden eine direkte Mitarbeit anderer Staaten hierbei wünschen. Vielleicht wird es dazu alsbald zwischen Polen und Rumänien und dann zwischen Polen und uns kommen.

### Schutz den Minderheiten!

New York, 27. Januar. (Zl.) Zur Verteidigung aller in Europa verletzten nationalen und religiösen Minderheitsrechte hat sich ein Komitee gebildet, dem angehören: Laß, Bryan, Hoover, Kardinal Gibbons, Botschafter Morgenthau u. a. m.

### Immer feste Spalten!

Mühlhausen, 27. Jan. (Zl.) Die Kreiswahlwahlen ergaben nach der Spaltung der sozialistischen Partei im Oberlah eine bedeutende Niederlage der Sozialisten. Der liberal-nationale Block erhielt 3220, die sozialistische Partei 1780 und die kommunistische 1115 Stimmen.

## Oberschlesier!

Die Frist zur Eintragung in die Stimmliste läuft in den nächsten Tagen ab

Eile tut not!

Wer seine Photographie noch nicht beschafft und seinen Stimm Antrag noch nicht vollzogen hat, wende sich sofort an die nächste

Ortsgruppe der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier, falls er nicht bereits bestimmte Anweisung erhalten hat, die peinlichst befolgt werden muß

Jetzt muß vor allem zunächst das Stimmrecht gesichert werden

Bei die Frist versäumt, gibt kein Stimmrecht preis und übt damit Verrat am Vaterlande

Vereinigte Verbände heimattreuer Oberschlesier

## Ja, das war Preußen!

Konservative Geständnisse.

Seit die altkonservative Richtung in der Deutschnationalen Partei vollständig die Oberhand gewonnen hat, darf das sozusagen „wissenschaftliche“ Organ dieser Richtung, die „Konservative Monatschrift“ (Herausgeber Dr. Wendland), auf besondere Beachtung Anspruch erheben. Sie verdient diese Beachtung auch darum, weil sie von den geistigen Kräften, die auf der Rechten wirken, ein ungleich klareres und ungeschminkteres Bild gibt als die von allerhand taktischen Rücksichten beschwerte Tagespresse. So enthalten die Hefte vom Dezember und Januar dieser Zeitschrift u. a. auch einen Aufsatz von Dr. Theodor Dettl „Von der preussischen Ehre“, der ein wahres Schatzkästlein reaktionärer Aufschlüsselungen darstellt.

Der konservative Theoretiker Dr. Dettl vertritt die Auffassung, daß das alte Preußen eine „Ehrgemeinschaft“ dargestellt habe, die viel stärker gewesen sei als die Rechtsgemeinschaft. Ueber diese „Ehrgemeinschaft“ führt er dann des näheren aus:

Die preussische Ehrgemeinschaft ist einem großen Kreise zu vergleichen, der eine Reihe von weiteren Kreisen umschließt. . . . Kern dieser Gemeinschaft war das Offizierskorps mit dem obersten Kriegsherrn an der Spitze. Dessen Amt war mit dem des Monarchen staatsrechtlich verbunden, und ebenso war sein Herkommen aus der Hohenzollernfamilie staatsrechtlich gewährleistet und geregelt. Das Offizierskorps ergänzte sich dagegen nicht infolge staatsrechtlicher Bindung aber faktisch, vorwiegend aus dem preussischen Landadel, und es hat sein Gepräge bis zuletzt durch die Hohenzollern-dynastie und den Adel bekommen. Man kann diese beiden sichtlich als den eigentlichen Kern der Ehrgemeinschaft bezeichnen, die bis zum Waffenstillstandsangebot im Herbst 1918 über das gewichtigste Machtmittel des Staates, die preussische Armee, verfügte, und, gestützt auf diese Macht, in allen wichtigen Fragen der äußeren und der inneren Politik Preußens und des Reiches faktisch den Ausschlag gab. Gegen den Willen des Königs und des Adels von Preußen konnte in Preußen und im Reich bis zum Herbst 1918 nichts Wesentliches durchgeführt werden.

Jedes Wort dieses konservativen Geständnisses ist ein Keulenschlag auf die verlogene deutschnationale Partei-agitation. Hier wird in dem wissenschaftlichen Organ des Konservatismus von einem seiner Theoretiker offen zugegeben, daß der König und der Adel von Preußen für alles, was bis zum Herbst 1918 geschehen ist, die volle Verantwortung zu tragen haben. Das gilt für die ganze innere und äußere Politik einschließlich des Waffenstillstandsangebots, zu dem die Reichsregierung von der Obersten Heeresleitung gedrängt worden ist.

Dr. Dettl führt dann in seiner historischen Analogie des preussischen Staates weiter aus: Die „engere Ehrgemeinschaft“ habe zwar nicht durchweg aus Adligen bestanden, ihre bürgerlichen Mitglieder hätten aber vorwiegend dem Reserve-Offizierskorps angehört. Das konservative Bürgertum habe dann den weiteren Kreis der Ehrgemeinschaft gebildet, und dann geht es in „Kreisen“ noch tiefer zum Kleinbürgertum, dieses wurde der Ehrgemeinschaft durch das Unteroffizierskorps zugewandt:

Der Unteroffizier war ein unentbehrlicher Vermittler der preussischen Ehre zwischen der engeren Ehrgemeinschaft und dem waffentragenden Volke, das durch die harte Schule des preussischen Heeresdienstes ging und in ihr, ob es wollte oder nicht, einen Tropfen spezifisch preussischer Ehregefühls einsaugte.

Man muß zugeben, daß kaum jemals noch ein klareres Bild des Preußen vor dem 9. November gezeichnet worden ist. König und Adel haben Ehre von Haus aus, das Bürgertum kann sie unter Wahrung einer gewissen Distanz erwerben, dem gemeinen Volk wird sie mit dem Korporationsdienst eingehaucht. Wie war aber das Verhältnis dieses vollendetsten aller Kastens-taaten zur geistigen Kultur? Darüber sagt Dr. Dettl:

Gegen alles Ornament im Leben hatte man ein laieses Mißtrauen, von Kunst und Wissenschaft, soweit sie sich nicht unmittelbar in den Dienst des Staates stellen ließen oder doch die Erziehung der Staatsbürger förderten, hielt man nicht allzu viel, neigte aber ihren Vertretern gegenüber, wie jede wahre Aristokratie, zur Toleranz: „Es muß auch solche Käuze geben.“

Das also war die Einschätzung, die der freie Gelehrte und Künstler im alten Preußen-Deutschland erfuhr. Wie ganz anders war da die Stellung des Kavallerieoffiziers:

Wenn ich nicht irre, hat einmal ein preussischer König sich dahin geäußert, ein guter preussischer Kavallerieoffizier sei zu jedem hohen Amt in Verwaltung und Diplomatie geeignet — vielleicht auch wurde ihm diese Versicherung nur von seinen politischen Gegnern in den Mund gelegt, um in ihr die Rückständigkeit des preussischen Regiments zu kennzeichnen. Dabei sagt der Sach die schärfste Wahrheit.

Aber, merkwürdig, selbst ihr Bewunderer, Dr. Dettl, kann sich gegenüber dieser vollkommensten Kaste eine gewisse Ironie nicht ganz verkneifen. Denn obwohl er die kirchlich gläubigen



Offiziere, die sich in ihrer „Gotteskindschaft“ geborgen fühlten, weit über die ungläubigen stellt, führt er über jene doch aus:

Viele von diesen Gotteskindern stellen den lieben Gott schleunigst wieder zur Disposition, sobald die Gefahr vorüber war — es waren große Süßer, Raubbeute und andere Sünder darunter. Andere, die im gefährlichen Alltag aus ihrer Frömmigkeit kein Hehl machten, waren hinwiederum in Gefahr nicht imstande, die Gegenwart ihres Gottes zu erleben und suchten sich darum mit unheimlicher Hoff einer materiellen Dedung zu versichern, als seine Hand sie ihnen bot.

So über das herrliche Offizierkorps einer seiner Vorkämpfer. Wie mag wohl für diese Helden das „Gebet vor der Schlacht“ gefaltet haben? (Aber natürlich hat es auch andere gegeben, das verkennt kein gerecht Denkender.)

Die „engere Ehrengemeinschaft“ verbunden mit kirchlicher Frömmigkeit war also auch nach dem Bestehen dieses konservativen Theoretikers nicht allenthalben geeignet, vollkommene Menschen zu erzeugen. Aber über solche Bedenken setzt sich sein reaktionärer Dogmatismus leicht hinweg. Für ihn war das alte Preußen trotz alledem das vollkommenste Staatswesen, und was zurückgeblieben, ist ihm eine entgötterte Welt. So kommt er zum Schluß dazu, in diese Klage auszubrechen:

Seit der Revolution hört man kaum von Duellen, und es ist unbegreiflich (allerdings: Red. d. B.), daß die Reichsregierung noch nicht daran gegangen ist, die rechtliche Ausnahmestellung des Duells zu beseitigen. Sie würde kaum auf ersten Widerstand stoßen, denn die stolze Ehrengemeinschaft, die hier der Rechtsgemeinschaft, dem allgemeinen Staate zum Trost, ihren eigenen Strafvolk durchsetzt (Hörte, Heintze! Red. d. B.) hat aufgehört zu sein. Wo sollte sie auch bleiben heute? Für Ehe und Ehrengemeinschaften ist kein Raum in der wahrhaft demokratischen Republik!

Hier fühlt man sich versucht, dem allzu aufrichtigen Verfasser durch die einzigen Argumente, die er auf diesem Gebiet geltend läßt, nämlich die handgreiflichen, begreiflich zu machen, daß es nicht erlaubt ist, uns „gemeinem Volk“ so einfach Ehre und Ehrgefühl abzuspülen. Aber man lasse ihn lieber laufen in Anerkennung seines Verdienstes, uns so klar gezeigt zu haben, welcher Art die Zustände waren, denen wir entronnen sind. Wer den Aufsatz dieses Dr. Dettli liest, der weiß, warum Deutschland den Krieg verlieren mußte und warum der 9. November notwendig war, warum die Welt dieses System haßte und warum ein Volk, das zu seinem eigenen Ehrbewußtsein erwacht war, es nicht länger ertrug.

Wer aber zurück will in die Zeit, in der nur Könige, Adlige, Offiziere und Korpsstudenten „Ehre“ hatten, das gemeine Volk aber nur gerade soviel davon, wie ihm durch die Unteroffiziere „vermittelt“ wurde — der gehe am 20. Februar hin und wähle deutschnational!

### Richter und Sozialdemokratie.

In einer Zuschrift an bürgerliche Blätter wendet sich der „Preussische Richterverein“ mit großer Heftigkeit gegen den sozialdemokratischen Wahlaufschwung, der die gegenwärtigen Zustände als einen „Hohn auf das Rechtsempfinden des Volkes“ und als einen „Schandfleck Preußens“ bezeichnet hat. Das sind gewiß scharfe Worte, aber sie entspringen einem tiefen Rechtsempfinden, das sich durch die heutige Justizpraxis verletzt fühlt, darum ist mit scharfen Antworten dieser Streit nicht zu erledigen. Die Richter sind Richter in eigener Sache, wenn sie erklären:

Der deutsche Richterstand weiß sich von jeder Befangenheit gegenüber irgendwelchen Kreisen der Bevölkerung frei, und er kennt nur gleiches Recht für alle. Wer gegen die Gesetze verstößt, wird gleichmäßig abgeurteilt, welchem Stande er auch angehört. Der deutsche Richter ist unabhängig von rechts und von links, von oben und von unten, gleichgültig, wer gerade oben sitzt, seine Pflicht und spricht Recht ohne Ansehen der Person.

### „Kunststyl.“

Ein expressionistischer angelegter Raum. Die Lampen sind auf Stimmung gestellt. Rötliches Dämmerlicht. Ein sauchender eiserner Ofen bereitet Gemütlichkeit vor. Noch sind keine Gäste da. Deht öffnet sich die Tür von der Straße her, und eine hagere Gestalt tritt ein, den Schlapphut tief ins Gesicht gedrückt, den Kragen des schabigen Mantels hochgeklappt. Profestund reibt er sich die Hände und begibt sich zum Ofen. Darauf hängt er Hut und Mantel an einen Haken. Seine tief in den Höhlen liegenden Augen blicken mit müder Erwartung ins Leere. Obwohl es das Gesicht eines Jünglings ist, haben Leid und Entbehrung es ausgehöhelt und alt gemacht. Ein junges Mädchen, ebenfalls in ärmlicher Kleidung, kommt als Nächste, begrüßt den Jüngling, hängt den vom Regen durchnässten Kragen auf und setzt sich abwartend nieder. Madonna aus dem Höllenrachen Berlins, von vielem Wissen leidvoll verflärt, ein junges Ding, das nur lächeln, nicht lachen kann. Und eine dritte Erscheinung, eine tollschwarze Ägypterin, bleich, mit dürstenden Lippen, offenbar von allen Fiebern des Verlängens geschüttelt, naht und bleibt vor den beiden anderen stehen, als erwarte sie Bewunderung über ihren phantastischen Auftritt, womit sie ihre Armut in Schönheit zu verwandeln gedachte. Schließlich hängt auch sie ihren Krönungsmantel aus rotem Portierenstoff beiseite.

Die Hausangehörigen sind versammelt. Jetzt kommen die Gäste. Man hört schon von draußen ihr Lachen und Lärmen. Herren und Damen in Pelzen schieben sich herein. Ein süßes Parfum löst sich von üppigen Frauenschultern. Neue Gäste treten ein. Man begrüßt sich. Man kennt einander. Hahaha, das wird hoffentlich die weite Reise vom Westen lohnen. Scheint ja ein verrückter Betrieb zu sein. Künstlerpelente. Zigeunermusik. Die blaffen Künstler mit ihren zerquälten Gesichtern werden wie seltsame Tiere aus der Menagerie gemustert.

Man begibt sich in ein oberes Stockwerk, wo die Vorstellung beginnt. In der Garderobe hängen die kostbaren Pelze einträchtig neben den nassen Regenmänteln. Ein Seal flüstert empört zu einem Biber: „Es ist doch eigentlich ein Skandal, daß man keinen Unterschied zwischen uns und denen da macht.“

Oben spricht der Dichter. Rein, er weint, er wehlt, er denert, er klagt an, er zerhmetterl. Seine Brust ist ein Felsen, aus dem Ströme von Leid hervorbrausen. Es scheint, als ob die Natur selbst in Aufruhr geriete, wenn er durch sie seine Schritte lenkt. Dann wieder kann er fromm sein wie ein Kind. Blumen blühen unter seinen Füßen. Die Erde ist ein verzauberter Garten.

Die Madonna singt zur Laute. Klürende Kinderlieder. Einflügelig, süß, voll träumerischer Romantik.

Die Ägypterin entblößt die Kaserel ihrer betrunkenen Seele. Nacht, ohne Scham, im Bewußtsein ihres von der Natur verliehenen Rechts, verklärt sie die Schrankenlosigkeit ihres Begehrens. Der

Es tut uns leid, sagen zu müssen, daß es außerhalb des Richterstandes wenige Menschen in Deutschland gibt, die das glauben. Die Tatsachen, die eben wieder in der Justizdebatte des Reichstags zu Wort gekommen sind — wir verweisen nur auf die ausgezeichnete Rede unseres Parteigenossen, des Nieler Rechtslehrers Prof. Radbruch —, reden eine zu deutliche Sprache. Wenn dann die Zukunft des Richtervereins davor warnt, die Unabsehbarkeit der Richter zu beseitigen, so betritt sie damit ein offenes Diskussionsgebiet. Niemand will die Rückkehr zur Kabinettsjustiz in irgendeiner Form, es kann sich nur darum handeln, neue Garantien für die Unparteilichkeit der Gerichte zu schaffen, nachdem die Unabsehbarkeit als solche verjagt hat. Die Richter würden besser tun, an bitter notwendigen Reformen mitzuarbeiten, statt die Stimme der Kritik, den Aufschrei der gequälten Kreatur, mit einem neuen Unfehlbarkeitsdogma zurückzuweisen.

### Sie sind ganz friedlich!

Zu den W.B.-Enthüllungen über die „Rote Armee in Westdeutschland“ schreibt von dort W. H. Lombard der „Roten Fahne“:

Der Zweck des ganzen Manövers ist natürlich nur der, eine Programmierung gegen die Kommunisten zu erzeugen. Nach berühmten Mustern, wie sie vor jeder Wahlbewegung zu finden sind, eine Bolschewistenhege zu inszenieren, um so der durch die von Tag zu Tag steigenden Verleumdung der großen Massen erzeugte Radikalisierung der Arbeiterschaft entgegenzuwirken. Leider gibt es in Deutschland noch immer selbst unter der Arbeiterschaft einen größeren Teil derjenigen, die nicht alle werden.

W. H. Lombard vergißt nur hinzuzufügen, daß das Beste zu dieser „Bolschewistenhege“ durch die kindischen Renommistereien der „Roten Fahne“ getan worden ist. In diesem Sinne können wir kein Bedauern über diejenigen, die nicht alle werden, nur teilen.

### Die „rote“ Reichswehr.

Am 20. Dezember 1920 brachte die „Deutsche Zeitung“ unter der Ueberschrift: „Was sagt Herr Seering dazu?“ eine ihr von „zuverlässiger Seite“ zugegangene Meldung folgenden Inhalts: Am 22. November hätten von 8 bis 3 Uhr nachmittags in den Forsten an der Bahnhofs-Rußland-München rote Kampfsportorganisationen mit scharfer Munition geübt. Den Zeugen, zwei Volksschullehrern, die mit ihren Klassen einen Ausflug machten, seien die Kugeln um die Ohren geflogen. Beide Herren, die gebietet und im Felde gestanden hätten, hätten deutsch 5 Maschinen-gewehre sowie Handgranatendotationen unterschieden. Der Bericht fuhr dann wörtlich fort:

„Von einem ebenfalls stützenden Mitarbeiter erfahren die beiden, daß es eine Übung roter Kampfsportorganisationen aus dem Freistaat Sachsen gewesen wäre. Vermutlich aus Furcht vor kommunistischem Terror ist eine sofortige Anzeige bei den zuständigen Behörden unterlassen worden. — Ferner haben die Kommunisten an der Nordgrenze des Kreises Hagenwerda zwischen Bautz und Müdenberg eine Funkstation sehr schon in Betrieb. Auf der gleichen Strecke unterhalten sie einen Briestaubendienst. In der letzten Oktoberwoche wurden 80 fliegende Briestauben ermittelt.“

Wir können nun der „Deutschen Zeitung“ mitteilen, was Herr Seering dazu sagt. Die amtlichen Ermittlungen haben das Folgende ergeben: Nicht am 22. November, sondern am 9. November haben die beiden inzwißchen ermittelten Lehrer einen gemeinschaftlichen Spaziergang ohne ihre Schulklassen unternommen. Unterwegs hörten sie an einer Bahnüberführung den Schall von zwei Maschinengewehren aus westlicher Richtung. Sie setzten ihren Spaziergang ruhig fort und erstatteten auch nach ihrer Rückkehr in Rußland, da sie die Sache für belanglos hielten, keine Anzeige. Später erzählten sie einem Kollegen gesprächsweise davon, der es einem Herrn v. Mantuffel, dem Organisator des Schutzverbandes verfassungstreuer Schüler im Kreise Hagenwerda, weitergab. Einwandfrei festgestellt ist nun, daß die von den Lehrern gehörten Schüsse auf ein Übungsziel der — Reichswehr auf

dem Truppenübungsplatz Königsbrück im Freistaat Sachsen zurückzuführen war, das am 9. November von 9—3 Uhr stattgefunden hat. Die Angaben über die Funkstation und den Briestaubendienst hatte Herr v. Mantuffel von einem Rittmeister Freiherrn v. R. erhalten. Die Ermittlungen haben ein völlig negatives Ergebnis gehabt, auch haben die befragten, sämtlichen Schichten der Bevölkerung angehörenden Leute von Briestauben nichts gesehen.

Man sieht, daß die dürftigsten „Tatsachen“ der „Deutschen Zeitung“ genügen, um ihren Lesern vor „roten Kampfsportorganisationen“ graulich zu machen. Die Reichswehr aber wird höchst überrascht sein, in einem Blatt plötzlich als kommunistisch verfeindet denunziert zu werden, das bislang ein eifriger Helfer aller reaktionären Strömungen war, die in der Reichswehr zusammenlaufen.

### Erhöhung der Kollegelder?

Der amtliche Preussische Pressedienst schreibt: Die Frage der Erhöhung der Kollegelder beschäftigt die beteiligten Kreise, und sie hat namentlich in der Studentenschaft einen lebhaften Widerspruch hervorgerufen. Im Interesse der Aufklärung über die ganzen Vorgänge sei festgestellt, daß ein Beschluß über die Erhöhung der Kollegelder überhaupt noch gar nicht vorliegt. Im Jahre 1920 ist eine Erhöhung von 5 auf 8 M. durchgeführt worden. Wie geringfügig sie ist, zeigt sich schon bei der Erwägung, daß ein Satz von 8 M. für die Semesterstunde, d. h. 16 M. für die Jahreswochenstunde, bei einer durchschnittlichen Vorlesungsjahr von 37 Wochenstunden im Jahre, eine Vergütung von nur circa 40 Pf. für die Einzelstunde ausmacht. Dabei ist zu beachten, daß, abgesehen von der allgemeinen Geldentwertung, der Universitätsunterricht sich für den Staat noch ganz besonders verteuert hat. Bei den Universitäten kommen ja nicht nur die Kosten des allgemeinen Lehrbetriebs in Betracht, sondern darüber hinaus noch die außerordentlich hohen Kosten für die Laboratorien, Versuchssäle, für die Botanischen Gärten, die klinischen Anstalten usw.

Es soll keineswegs verkannt werden, daß mit der Erhöhung der Kollegelder eine Erhöhung der wirtschaftlichen Lage der Studenten verknüpft ist. Aber diese Belastung trifft die Studenten wegen ihrer sehr verschiedenen gearteten Wirtschaftslage ganz verschieden stark. Es geht jedenfalls nicht an, die Kollegelder allgemein niedrig zu halten, um dem weniger leistungsfähigen Teil der Studentenschaft zu helfen. Es liegt kein Anlaß vor, die leistungsfähigen mit angemessenen Kollegeldern zu versehen, vielmehr müssen angemessene Sätze bezahlt werden, um daraus die Mittel zu entnehmen für die Entlastung der materiell weniger leistungsfähigen. Ob und inwieweit außerdem durch Verringerung des Stipendienwesens oder der Stundungsvorschriften die neue Belastung gemildert werden kann, darüber werden noch Verhandlungen stattfinden haben.

### Agrarische Provokation.

Der „Börsliche Zeitung“ wird aus Breslau gemeldet: Am Donnerstag vormittag wollte die schlesische Landwirtschaftskammer im Breslauer Landeshaus anfänglich ihres 25-jährigen Jubiläums eine Vollerversammlung abhalten. Auf einer besonderen Ballustrade wohnten ihr Vertreter der städtischen und Regierungsbehörden bei. In seiner Rede wandte sich der Vorsitzende, Geheimrat Regierungsrat Kihing, insbesondere gegen die neue Steuererhebung, und kam dann auf den Exkaiser zu sprechen. Das gesamte Haus erhob sich hierbei, auch ein Teil der anwesenden Regierungsräte, dagegen blieben der Breslauer Oberbürgermeister Dr. Wagner, der Regierungspräsident Saenike und der kommunisistische Oberpräsident für Oberschlesien, Bittas, sitzen. Darauf ertönten stürmische „Hausrufe“, Saenike und Wagner wurden zum Verlassen des Saales gezwungen. Bittas stand nicht auf, blieb aber im Saale. Später erklärte Kihing, der seine Rede mit dem Rufe: „Mit Gott für König und Vaterland“ beendet hatte, sich bereit, über den ihm vorgeworfenen Bruch des Gastrechts in der Versammlung eine entschuldigende Erklärung abzugeben, was er dann auch tat. Darauf verließen die Regierungsvortreter mit Bittas und dem inzwischen hinzugekommenen niederschlesischen Oberpräsidenten Zimmer, der ursprünglich auf der Versammlung die Rede halten sollte, gemeinsam das Landeshaus.

Reichtum ihres Gefühls läßt sie die Preisgabe ihrer Seele verzeihen.

Oben waren Biber und Seal im Begriff in wachsender Empörung über die ordinäre Nachbarschaft außer sich zu geraten, als ein Herr und eine Dame die Treppe herabkamen und sie aus ihrer peinlichen Lage befreiten. Als gehorsame Diener gehorchten sie schweigend den Winken ihrer Herrschaft.

Der Herr sprach zur Dame: „Diese Künstler verstehen sich an uns zu rächen. Sie zeigen uns unsere Armut. Findest du nicht auch, Marion?“

Die Dame zuckte die Schultern und antwortete: „Wir wollen noch in ein anderes Lokal gehen, wo wir mehr unter uns sind. Ich finde es unerschämmt und unappetitlich, anderen Leuten seine Seelenblößen zu zeigen. Es ist, als ob einer seine Hühneraugen und Krampfadern herzeigte.“

Der Herr lachte. Der vornehme Mantel aber legte sich bei diesen Worten zärtlich um seine Herrin. Kna.

**Geometrie und Erfahrung.** Die Akademie der Wissenschaften beging Donnerstag den Jahrestag ihrer Stiftung. Prof. Albert Einstein hielt den Festvortrag über „Geometrie und Erfahrung“. Einleitend warf er die Frage auf, wie es möglich ist, daß die Mathematik, die doch ein von aller Erfahrung unabhängiges Produkt des menschlichen Denkens ist, auf Gegenstände der Wirklichkeit so vortrefflich passe, und wie denn die menschliche Vernunft ohne Erfahrung durch bloßes Denken Eigenschaften der Wirklichkeit ergründe. Hierauf sei zu antworten: Insofern sich die Sätze der Mathematik auf die Wirklichkeit beziehen, sind sie nicht sicher, und insofern sie sicher sind, beziehen sie sich nicht auf die Wirklichkeit. Die volle Klarheit über diese Sachlage sei aber wohl erst durch die Richtung in der Mathematik Befreiung der Allgemeinheit geworden, die unter dem Namen Axiomatik bekannt ist. Der von der Axiomatik erzielte Fortschritt besteht darin, daß durch sie das Logisch-Formale vom Inhaltlichen und anschaulichen Gehalt sauber getrennt wurde. Nur das Logisch-Formale bildet den Gegenstand der Mathematik, nicht aber der mit dem Logisch-Formalen verknüpfte anschauliche oder sonstige Inhalt. Die Axiome sind freie Schöpfungen des menschlichen Geistes, und alle anderen geometrischen Sätze sind logische Folgerungen aus den Axiomen. Die Axiome definieren erst die Gegenstände, von denen die Geometrie handelt.

Der Vortragende ging dann des näheren auf den Begriff der axiomatischen Geometrie und ihre Bedeutung ein, deren Aussagen im wesentlichen auf Ableitung aus der Erfahrung, nicht aber nur auf logischen Beweisen beruhen. Die so ergänzte Geometrie bezeichnet er als praktische Geometrie, der er besondere Bedeutung beilegt, weil es ohne sie unmöglich gewesen wäre, die Relativitätstheorie aufzustellen. Schließlich gelangt er zur Untersuchung der Frage, ob die Welt räumlich endlich sei oder nicht. Diese Frage sei im Sinne der praktischen Geometrie durchaus sinnlos, und er halte es nicht für ausgeschlossen, daß diese Frage in absehbarer Zeit von der Astronomie beantwortet werden wird. Für die Hypothese von der Endlichkeit der Welt könne ein theoretischer Grund geltend gemacht werden.

Prof. Theodor Schiemann, dessen Tod hier bereits mitgeteilt wurde, ist in der Öffentlichkeit mehr durch seine journalistische denn seine geschichtsforschende Tätigkeit bekannt geworden. Seine Artikel in der „Kreuzzeitung“ waren trotz der guten Kenntnis, die er als geborener Balte von Rußland hatte, nicht dazu angetan, der Verständigung mit Rußland zu dienen. Als Lehrer der Berliner Universität und Leiter des osteuropäischen Seminars hat Schiemann manches zur besseren Kenntnis des Ostens beigetragen. Von seinen Schriften ist die große Geschichte Rußlands, Polens und Litauens und die Geschichte Rußlands unter Nikolaus I. hervorzuheben. Seines Landmannes B. Hehn Schriften gab er heraus.

„Kampfgas“ ist weiter die Lösung. Man schreibt uns: Neben dem Unterseeboot-Krieg ist es der deutsche Kriegführung besonders verübelt worden, daß sie die Kampfgase in großem Maßstabe angewendet hat. Die englische Propaganda hat nicht zum wenigsten diese „Unmenschlichkeit“ benützt, um den Deutschen vor der Welt die Rolle von Hunnen zuzuteilen. Es ist merkwürdig, wie wenig die Kulturvölker trotz der langen englischen Geschichte den englischen Gant kennen. Man braucht nichts weiter zu tun, als die amtlichen englischen „Hunnenproklamationen“ mit einer Mitteilung in dem bekannten ärztlichen Blatt „Lancet“ zu vergleichen. Danach betreibt das englische Kriegsministerium im größten Umfange die Weiterentwicklung der Anwendung von Kampfgasen zu offenbaren und defensiven Zwecken und errichtet an der Universität Birmingham eine besondere Abteilung, in der die Heer- und Flottendärzte die Technik bei der Anwendung des Kampfgases erlernen sollen. Der „Lancet“ ist wenigstens, was zu seiner Ehre gesagt werden muß, auf seinem Standpunkt stehen geblieben und warnt die englischen Ärzte vor einer bedingungslosen Unterstützung dieser Bestrebungen. Aber die englischen Militärärzte werden zu diesem Dienst kommandiert werden, und die Bewahrung des „Lancet“ wird eine platonische bleiben. Im nächsten Kriege würde England die Kampfgase im größten Maßstabe anwenden....

Rußl. Das VIII. Konzert der Bolschewäner (30. Jan., 412 Uhr, Follsbühne) ist J. S. Bach erwidert. Mitwirkende Carl Fleck, Emil Brill, Georg A. Walter, Wilhelm Scholz.

Die „Josephs-Legende“ von Rich. Strauß wird in der Staatsoper unter des Komponisten Leitung am 4. Februar ihre deutsche Uraufführung erleben. Die Partitur spielt Ilse Burzurg, den Joseph Heinrich Kröll.

Russisches Schauspiel in Berlin. Ein Teil des Moskauer Künstlertheaters unter Leitung von Rasdaow, das sich in Sofia gesammelt hatte und angeblich in Agron gastiert, wird voraussichtlich im Mai ein Gastspiel in Berlin veranstalten.

Gregorowits-Fest. Die von der Deutsch-Italienischen Vereinerung zur Feier des 100. Geburtstages von Ferdinand Gregorowits veranstaltete Festigung, in der Prof. R. Kohr die Gedenkrede hält, findet am Sonntag, den 30., mittags 12 Uhr, Sommerstraße statt.

Verkaufung des Leipziger Konservatoriums? Die Stadt Leipzig beabsichtigt die Verkaufung des Leipziger Konservatoriums für Müll zu beantragen, wenn nicht eine viel höhere Unterstützung gewährt wird.

Deutsche und russische Künstler haben wieder ihre Werke in Prag gemeinsam aufgestellt. Die „Bohemia“ schreibt dazu: Die Veranstaltung der sächsischen und deutschen Künstler, die in demnächstiger Zusammenkunft aufstellen, ist ein künstlerisches Ereignis von großer Bedeutung.



# Am kommenden Sonntag Flugblattverbreitung.

## Groß-Berlin

### Die Stadtverordnetenwahlen ungültig. Entscheidung des Bezirksausschusses.

Der Bezirksausschuß Berlin hat gestern unter dem Vorsitz des Präsidenten Tull nach mehrstündiger Verhandlung in der Verwaltungstreilklage der Deutschen Volkspartei gegen die Gültigkeit der gesamten Berliner Stadtverordnetenwahlen und der Stadtverordnetenwahlen in den Berliner Wahlkreisen 1-6 folgende Entscheidung gefällt:

Die Klage wird abgewiesen, soweit sie auf die Ungültigkeitserklärung der Wahlen in den Bezirksversammlungen gerichtet ist; im übrigen werden die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung für ungültig erklärt. Die Kosten des Verfahrens werden den Klägern zu ein Zehntel, der Beklagten (der Stadtverordnetenversammlung) zu neun Zehntel angesetzt und der Wert des Streitgegenstandes auf 5000 M. festgesetzt.

Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, der Vertreter der beklagten Stadtverordnetenversammlung, wird gegen dieses Urteil Berufung beim Oberverwaltungsgericht einlegen. Erst dort wird endgültig über diese bedeutungsvolle Frage entschieden werden. Aus dem Gang der Verhandlungen geben wir folgendes wieder:

Die Deutsche Volkspartei wurde durch die Stadtverordneten von Eynern und Huettchen, die Stadtverordnetenversammlung durch Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld vertreten. Ueber den Tatbestand berichtet der Referent des Bezirksausschusses, Regierungsrat Dr. Beeßig, an Hand der Akten. Von mehreren Wahlvorsitzern in Berlin waren, wie seinerzeit berichtet, bei der Gemeindevwahl am 20. Juni 1920 4081 Stimmzettel der Deutschen Volkspartei für ungültig erklärt worden, weil sie Namen von Kandidaten derselben Partei aus verschiedenen Berliner Bezirken enthielten. Diese Stimmen wurden nachträglich von der Stadtverordnetenversammlung für gültig erklärt und das Wahlergebnis dementsprechend geändert. Infolgedessen erhielt die Deutsche Volkspartei auf der Stadtliste ein Mandat mehr, während die U.S.P.D. eins verlor. Auch im Verwaltungsbezirk Tiergarten gewann dadurch die Deutsche Volkspartei einen Sitz, während dort die Demokraten einen einbüßten.

Zum Urteil läßt sich vorläufig noch nichts sagen, da die schriftliche Begründung erst abgearbeitet werden muß. Jedenfalls ist das Mandat der Rechtsparisien, die erst bei der Stadtverordnetenversammlung die Gültigkeitserklärung der von ihnen als ungültig bezeichneten Stimmen verlangt und durchgeführt haben und nachher auf die, ihren Anträgen gemäß erfolgte Gültigkeitserklärung die Klage auf die Ungültigkeitserklärung der Stadtverordnetenwahlen stützen, als recht eigenwillig zu bezeichnen. Sollte es bei dem Urteil verbleiben, so wird uns das als Partei gewiß unangenehm sein, da wir unlers konsequente Politik in einem neuen Wahlkampf vertreten werden.

Zu bemerken wäre noch, daß der neugewählte Registrar auch weiter zu Recht besteht und durch die Ungültigkeitserklärung der Wahlen nicht berührt wird, also auch nicht aufgelöst werden kann.

### Totschlag aus Eifersucht.

Ein neues Kapitalverbrechen rief gestern Abend die Rechtskommission der Berliner Kriminalpolizei nach der Friedrichsfelder Str. 32. Dort ist der 36 Jahre alte Arbeiter Paul Schädel von seiner früheren Geliebten, der unter Eittrenkontrollen

stehenden Frau Luise Simon und deren jetzigem Geliebten, dem 42 Jahre alten Arbeiter Friedrich Schäfer, Remeler Str. 26, mit einem Holzkeil und einer Keilbeule erschlagen worden. Die Täter sind beide flüchtig und werden zurzeit noch gesucht.

Schädel wurde von seiner früheren Geliebten, der Frau Simon, von der er in Unfrieden geschieden war, mit großem Haß verfolgt. Sie hatte ihn schon wiederholt kuirirte gemacht und erschien gestern plötzlich in der Wohnung der Frau Winkler im Keller.

## Oeffentl. Wählerversammlungen

Freitag, den 28. Januar:

122. Abteilung: Biesdorf-Süd, 8 Uhr abends, Köpenicker Straße: Oeffentliche Wählerversammlung. Thema: „Die wirtschaftliche und die politische Lage und die Landtagswahlen“. Referent: Genosse Baranowski.

Sonntag, den 30. Januar:

141. Abteilung: Rosenthal-Dorf, Restaurant Bruselerg am Bahnhof. Referent: Arthur Häfker.

142. Abteilung: Tegefort, Bei Rothes, Scharfenberger Str. 20. Referent: Pastor Franke.

### „Die bevorstehenden Landtagswahlen“.

geschloß des Hauses Friedrichsfelder Str. 32, wo sich Schädel aufhielt. In ihrer Begleitung befand sich ihr jetziger Geliebter, der Arbeiter Schäfer. Beide brachen in der Winklerschen Wohnung einen Streik zum Zwecke. Als Frau Winkler die Eintretenden zur Tür hinausdrängte, setzte sich dieser auf dem Kellerflur fort. Dort schlug Schäfer mit einer Keilbeule auf Schädel ein, während Frau Simon ein Holzkeil aus dem Holzstapel der Frau Winkler nahm und ihren früheren Geliebten damit bearbeitete. Beide schlugen so heftig auf Schädel ein, daß dieser besinnungslos zusammenbrach, und flüchteten dann. Die Leiche des Erschlagenen wurde beschlagnahmt und dem Schauhause überwiesen.

### Das Ende einer Liebe.

Der allzu Iocur sitzende Revolver eines jungen Bulgaren führte gestern im Westen zu dem blutigen Ausgang einer Eifersuchtszene. In der Trendelenburgstraße 16 erschloß der 30 Jahre alte Student Armando Kolanoff aus Kustend seine Geliebte, die 16 Jahre alte Tochter Martha der Witwe Scheinmühl und tötete sie dann selbst. Der junge Bulgare glaubte, daß das junge Mädchen ihm nicht treu sei. Die Eifersucht verlegte ihn so in Aufregung, daß er mit einem Revolver bewaffnet, seine junge Geliebte in der Wohnung der Mutter aufsuchte, wo er nach kurzem Wortwechsel die Waffe zog und mehrere Schüsse abgab. Eine Kugel traf die Tochter und tötete sie auf der Stelle. Beim Anblick der Leiche richtete Kolanoff den Revolver gegen sich selbst und erlag einer Kugel in die Schläfe.

### Das Sorgenkind Straßenbahn.

Mit der Frage der Wirtschaftlichkeit und Rentabilität der Berliner Straßenbahnen beschäftigte sich gestern ein Ausschuß, der zur Prüfung vom Magistrat beauftragt worden war. Als Sachverständige waren u. a. hinzugezogen worden: Generaldirektor Dr. Buffon, Prof. Dr.-Ing. Giese, Ing. Schiff, Oberingenieur Pfarr, sowie der Betriebsrat der Straßen Berliner Straßenbahn.

Die beiden ersten Sachverständigen stimmten darüber überein, daß der derzeitige ungünstige Zustand und die Lage des Unternehmens vor allem durch den zu lange beibehaltenen Einheitsstarif von zehn Pfennig verursacht worden sei, gegen

in ihren Speicher. Als er die Tür öffnete, schlug ihm der Geruch des Krämers entgegen. Er warf hastig die Tür zu und steckte den Schlüssel in seine Tasche; ging an den Strand und schleuderte den Schlüssel in den See. Dann machte er die Nacht und den Morgen, in der heißen Tag hinein, bis ihn die Erschöpfung umwarf. Tage und Nächte gingen jetzt Juha durcheinander.

Es hatte ihn ein Rausch erfasst, aus dem er gar nicht zu sich kommen wollte. Mit starren Augen, wie ein Nachtwandler, ging er umher und tat seine Arbeit. Ohne ein Wort zu sprechen, ließ er seine Mutter schlafen.

Der alten Birnin schien alles in bester Ordnung.

„Es sieht so aus, als ob man hier zurechtkäme“, sagte sie zu Kaisa. „Sie fehlt nicht weiter.“

„Es ist nicht richtig mit ihm, denn er spricht kein Wort.“

„Er hat ja früher auch nichts gesprochen.“

„Es ist nicht richtig mit ihm“, wiederholte die Magd. „Ich habe ihn in der Nacht weinen hören, und am Tage redet er mit sich.“

„Was sagt er?“

„Ach, was du getan hast!“ — „Ach, daß du das getan hast!“ Er lehnt sich nach der Frau.

„Laß ihn nur vergehen.“

„Er erwartet sie noch zurück. Er vergißt sie nie und nimmer.“

„Ich werde schon dafür sorgen.“

„Nehmt dem Armen nicht seine letzte Freude.“

„Was für eine Freude ist es, sich zu sehnen.“

„Doch, das ist eine.“

„Ich werde sie schon mit der Wurzel aussäen.“

„Wenn ihr sie aber nicht herauskriegt — wenn sie nur abreißt — und ist vielleicht schon abgerissen.“

„Laß sie reifen!“

„Wenn nun aber Marja zurückkommt?“

„Die kommt nicht.“

„Es ist auch wohl lieb, daß sie gegangen ist!“

„Das ist.“

„Daß ihr so boshaft sein könnt.“

„Dawohl.“

Als Juha zum Essen kam und seine Mahlzeit beendet hatte, sagte die Mutter:

„Du wartest wohl noch auf sie?“

„Was sprichst du denn noch davon, Mutter?“ sagte Juha matt.

„Ich weiß schon, daß du wartest und hoffst, aber wenn sie kommt, dann kommt sie deswegen, weil sie sie weggejagt haben, nicht deinetwegen.“

dessen Erhöhung die Stadt Berlin selbst den größten Widerstand geleistet habe. Vom Generaldirektor Dr. Buffon wurde ferner u. a. darauf hingewiesen, daß die Belastung der Straßenbahn mit jährlichen Verkehrsabgaben in Höhe von 33 Millionen Mark in Fortfall kommen müßte. Von den Herren Schiff und Pfarr, die zur eingehenden Untersuchung und zu Vorschlägen wegen der Verbesserung des Betriebes der Straßenbahn herangezogen worden waren, wurde die Notwendigkeit betont, die Materialsenverwaltung und den Werkstättenbetrieb usw. zu reorganisieren. Nur durch stärkere technische und kaufmännische Organisationen ließen sich noch Ersparnisse von Betrag und Erträgen erzielen. Die Tarif-erhöhungen seien indes trotzdem nicht zu umgehen! Die Beratungen, die Stadtbaurat Dr. Wörster leitete und denen Stadtkammerer Boeck mit Stadtverordneter, dem Vorsitzenden Stadtk. Frank u. a. bewohnten, sollen unter Hinzuziehung von Sachverständigen fortgesetzt werden.

### Der neue Bahnhof Friedrichstraße.

Der Umbau des Bahnhofs Friedrichstraße macht in der nächsten Zeit die Verlegung des bisherigen provisorischen Einganges zu den Fahrkartenausgaben des Fernverkehrs notwendig, die in einem der westlichen Bogen des Bahnhofs verlegt werden müssen, um namentlich die Nordostecke des neuen Bahnhofs fertigstellen zu können. Der erste Stadtbahnbogen auf der Ostseite der Friedrichstraße, der bisher einen Restaurationsbetrieb beherbergte, wird in eine Schalterhalle und in einen gemeinsamen Zugang zum Stadtbahnsteig und zu der im Bau befindlichen nördlichen Untergrundbahn Nord-Süd umgewandelt. Auf der Westseite der Friedrichstraße wird auf der nördlichen Bahnhofsseite ein weiterer Zugang zur Stadtbahn geschaffen. Ebenso wird hier auch der Hauptzugang für die beiden Fernbahnsteige angelegt werden. Die ursprüngliche Halle mit Ueberdachung der beiden Eisenbahnsteige wird wieder erstehen, während der Stadtbahnsteig ein neues Hallendach für sich erhält. Andererseits wird zwischen den beiden alten Bahnsteigen und dem neuen Bahnsteig eine Höhendifferenz von 73 Zentimetern bestehen, die nur durch Einbau neuer Eisenkonstruktionen ausgeglichen werden könnte.

Die Eisenbahnverwaltung hofft bei gleichbleibenden Arbeitsleistungen die Fertigstellung der Arbeiten bis etwa zum Spätsommer durchzuführen und den neuen Zugang zum Stadtbahnsteig im Herbst in Betrieb nehmen zu können.

Die Waffensuche wurde gestern in Bankom und Reinickendorf durchgeführt. Es wurden diesmal einzelne Straßenzüge einer genauen Durchscheidung unterzogen, und zwar in Bankom die Schulze, Brehme- und Florastraße, in Reinickendorf-Ost: Wille, Albert-Freitag- und Teile der Pragerstraße, sowie die Pantomer Allee.

Seinen 60. Geburtstag begeht am heutigen Tage der den Parteigenossen des ehemaligen 2. Berliner Reichstagswahlkreises wohlbekannte Genosse Fritz Zinke. Der Jubilar gehört mit zu denen, welche die besten Jahre ihres Lebens in der Berliner Arbeiterbewegung zugebracht haben. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes galt es, den zerstreuten politischen Organisationen wieder neue Anhänger zuzuführen. Um einen engeren Zusammenschluß der tätigen, sich ganz der Partiarbeit widmenden Genossen herbeizuführen, wurden unter dem hormaligen Namen „Zirkel“ noch besondere Vereine gebildet, die die sogenannte „innere Arbeiterbewegung“ darstellten. Zinke war Mitbegründer des zu diesem Zwecke im Jahre 1899 errichteten Zirkels „Bereinte Kraft“. Im Jahre 1900 wurde er in die Agitationskommission der Provinz Brandenburg gewählt, welcher er bis zu ihrer Auflösung im Jahre 1917 angehörte. Hier galt es Sonntag hinauszuweisen, um die Parteipopulation für den Sozialismus zu gewinnen. Gleichzeitig fungierte er von 1903-1908 als Parteisekretär der 8. Abteilung (Lilien). Betragen durch das Vertrauen der Genossen, wurde ihm die Parteipetition Kauerstraße übertragen und nach deren Auflösung trat er in den Normdarbetrieb als Expedient ein, diesem Posten behielt er noch heute vor. Von Beruf Tischler, schloß er sich nach der Rückkehr zum Tischlerverein und darauf dem Fachverein und Holzarbeiterverband an. Rednerisch ist

„Laß das nun sein.“

„Ammer hat sie dich zu alt gefcholten.“

„Gegen wen?“

„Gegen alle, die es hören wollten. Wenn das Schlatterbein nur stürbe, dann bekäme ich einen Jüngerer.“

Büßlich brach Juha zum Erstaunen seiner Mutter in Lachen aus.

„Dejt hat sie ihn ja! Jaj einen Jungen und Flinken — und das ist ja gut, daß sie ihn hat! Was brauchte sie sich auch mit mir herumzuquälen — zu lo einem. Seht mal, wie spösig mir das Geben sieht — der Fuß stößt wie der Flügel einer zerbrochenen Windmühle, seht mal!“

Juha war aufgestanden und hüpfte auf der Diele herum, indem er seinen Fuß absichtlich noch schleifer hielt.

„Laß die Sperenzien, alter Mensch!“

„So hütscht das; aber ich könnte ja auch mal tanzen, wenn einer aufspielte. Tz! tze was, Mutter!“

Er lachte immer laut, hüpfte und lachte noch, als er auf dem Hof war, und trällerte dazwischen, mit der Art auf der Schulter.

„Da siehst du es jetzt!“ sagte die Alte. „Es ist nichts gerissen. Er scherzt schon darüber.“

„Mir hat das nicht wie Scherz ausgesehen.“ sagte Kaisa.

Als Juha aber am Abend nach Hause kam, tat er immer noch, als wäre er so vergnügt wie beim Weggehen. Lachte aus vollem Halse, spaßte und johlte, während er in der Badestube saß.

„Vorigen Sonntag machte mir hier noch meine Alte Dampf, jetzt ist die nicht da — nicht da — kommt auch nicht — trallala — drudiro! talle! Sorg du deinem Jungen für Dampf, Mutter. 's ist ja eine La, wer es tut. He? — Meine Alte — meine Alte — meine Alte ist zu nem Russen in den Schlitzen gesprungen! Aber was tut's? Sollen wir uns dafür eine neue nehmen? Was?“ fragte er, mit dem Peitschen innehaltend. „Man darf sich doch wohl auch eine neue nehmen?“

„Weshalb soll man das nicht dürfen?“ riefte die Mutter zufrieden.

„Wenn auch die erste noch lebt?“

„Der jenseits der Grenze ist, der lebt nicht mehr.“

„Das meine ich auch! Und wo sie dazu selber gern gegangen ist.“

„Ich werde dir schon eine neue schaffen.“

„Tu's! Schaff mir eine nach deinem Sinn, aber schaff mir keine Krone.“

„In solch ein Geschäft bekommt man auch die Reichte.“

(Fortf. folgt.)

## Schweres Blut.

Roman von Johann Wbe.

Er ist an den Strand geschritten. Da sind die Rehe noch auf dem Gestell, wie sie damals nach dem Brochsenfang hängen geblieben waren. Es ist Wirklichkeit, Wirklichkeit ist es. Um etwas zu tun, begann Juha die Rehe auf den Maschenzapsen zu raffen. Er tat es schnell, geübt. Die Gedanken im gleichen Takt. So ist es, so ist es. Fort ist sie. Braucht es dir nicht anders zu wünschen. Umsonst hast du doch den Dielenbalken zerlösen. Da es Kaisa gesehen hatte, daß sie sich ihm an den Hals geworfen hat. Dir ist es geschehen, und sonst niemand.

Ein Reh war gerast, und er warf es vorn in das Boot, so daß die Steinsenter klapperten.

Sie kamen zusammen vom Hofe herber. Der Mann stand dort an dem Baum. Ob sie es da schon beschlossen hatten? Daß Marja es fertig brachte, noch zu schmeicheln und an die früheren Fischzüge zu erinnern. . . Sie sind jung und schön. Ich bin alt und häßlich. Was liegt ihr an mir, wo solch einer sie nehmen will. Mag er sie nehmen! Mag er sie behalten!

Das zweite Reh war gerast. Immer rascher arbeitete Juha, er kümmerte sich nicht darum, ob ein paar Maschen an dem Reh zerrissen.

Sie nahm ja die Brautgeschenke offen, ohne Hehl von ihm an. Ihm hatte sie die Badestube gezeigt, ihm machte sie die Schwibbank zurecht, nicht mir, und bereitet ihm den Platz in ihrem eigenen Speicher. Sie ist nicht vor der Mutter davon gelassen — das hat sie gelogen. Häute sie es geradeheraus gesagt, hätte sie gesagt: seht gehe ich, jetzt habe ich einen anderen, besseren. Ich hätte es ihr nicht verwehrt? Nicht? Sicher nicht, nein; aber daß sie heimlich — wie ein Dieb —

Wüßlich wurde ihm schwach, es beengte ihn so, daß er nur mit Mühe das letzte Reh zu raffen vermochte. Mit Mühe gelangte er zum Hof, schwankte in seinen Speicher, dessen Tür offen stand, stolperte in den Kleidern auf sein Bett und schlief ein.

Juha schlief den ganzen Tag bis zum Abend. Es war ein ziemlich rauher, klarer Abend mit abflauen dem Nordwind. Die Mutter und Kaisa melkten die Kühe. Es ist gelächelt, und er will es sich nicht mehr anders denken. Es ist nicht zu ändern, und was schadet es auch? Reinetwegen, ist sie gegangen, so ist sie gegangen. — In seinem Speicher waren Kleidungsstücke von Marja. Er nahm sie und trug sie



Aus aller Welt.

Bestattung der Delsniger Opfer.

Donnerstag nachmittag fand die Bestattung der 37 Delsniger Opfer der Grubenkatastrophe statt. In Delsnig waren sämtliche Behörden, Schulen und Geschäfte geschlossen. Glockengeläute leitete die Feierlichkeit ein. Die 37 Särge wurden auf Wagen zur Grabstätte gefahren. Ein endloser Trauerzug bewegte sich nach dem Friedhof. Am Grabe wurden Blumenpenden der Staatsregierung, des Landtags, der Bergwerksinspektion, der Ortsbehörde usw. niedergelegt. Ministerpräsident Genosse Bud brachte das Beileid der Regierung zum Ausdruck. Nachdem noch Kammerpräsident Fröhndorf, sowie Vertreter der Stadt Leipzig, der Ortsverwaltung und vieler Behörden den Dahingegangenen einen letzten Nachruf gewidmet hatten, schloß nach einhelligem Entschluß der Trauerkundgebung, der Delsniger „Volksbote“ veranstaltet eine Geldsammlung für die bedürftigen Hinterbliebenen der Verunglückten.

Bahnhof Landsbut in Flammen?

Der Bahnhof von Landsbut in Niederbayern soll seit Donnerstag nachmittag in Flammen stehen. Nähere Einzelheiten waren nicht zu erfahren, da das Fernsprekamt nicht in der Lage war, Verbindungen mit Landsbut zustande zu bringen und die Auskunft erteilte, daß sämtliche Telefonverbindungen durch den Brand zerstört seien.

Eisenbahnunglück bei Erfurt. Am 26. Januar nachmittags stieß ein Personenzug nach Sangerhausen am Güterbahnhof Erfurt mit einem einfahrenden Güterzuge zusammen. Durch Einbrüchen der Stirn eines Personenwagens wurden 14 Personen verletzt. Mehrere Wagen sind entgleist und beschädigt. Ursache ist das Ueberfahren des Halt zeigenden Blocksignals durch den Personenzug. Die Strecke ist eingeleigt. Die Verletzten sind teils erheblich, aber nicht lebensgefährlich und bestehen hauptsächlich in Querschnitten und Brüchen der Gliedmaßen. Die Schwerverletzten wurden sofort nach dem Krankenhaus Erfurt übergeführt. Sanitätsmannschaften und Kertze waren unmittelbar nach dem Unfall zur Stelle.

Brautstücke für Graupen abzugeben. In einem kuffiger Blatt steht folgende Anzeige:

Brautstücke, einmal gebraucht, 2 Meter lang, gestickt, statt 160 um 130 Kronen. Nehme Graupen, Hafersreis in Taufsch.

So weit sind wir gekommen! Einen Brautstücke (einmal gebraucht) für ein Graupengericht. Bald wird für Graupen eine Braut zu haben sein.

Aus der Schweiz ausgeföhrt wird der Deutsche Rutschler, der als Täter des Raubmordverluchs im Schnellzug Basel-Frankfurt gilt und sich nach Basel geflüchtet hat.

Eisenbahnunglück in England. Bei Abermule in Wales sind heute zwei Züge zusammengestoßen. Sechzehn Personen wurden getötet und zwei verletzt.

Sport.

Freie Turnerschaft Schwarzberg-Berlin (Mitgl. d. V.T. u. G.V.). Sonntag: Turnfestigung Punkt 7 Uhr, Seubelstr. 3. - Sonntag: 1. Jugend-Abt. Schindlerturnen nach Potsdam, Harnischel, Wannsee. Abt. 2.500 Votab. Hauptturnplatz. - Freier Turnverein. Sonntag: Reubaldenberg, Jagdschloß Stern, Saarnund, Teufelsberg, Potsdam. Abt. 7.00 Uhr. Freitags. - Heute abend 7 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung bei Diele, Bogenstr. 19. - Turnverein „Die Kameradschaft“ (Ortsgruppe Alpendorf). Sonntag: Märkisches Museum. Treffen: 800. Pfälzerstr. 10 Uhr. Nachmittags anschließend 6 Uhr Feiernabend im Jugendheim.

Arbeiter-Radfahrer-Klub „Solidarität“ (Ortsgruppe Berlin). Touren für Sonntag, den 30. Januar. Sämtliche Abteilungen nach Johannissthal, Poins Parkrestaurant (Veranstaltung). Bei schlechtem Wetter per Bahn. Start 11 Uhr an den bekannten Stellen. Defekt-Richtfäden, Schloß-Schweiss, die Werk und anderes, sowie Verleihung eines Fahrrades. Eintritt 1 M. Gewerbelose freies Eintritt. Heute, Freitag, den 29. Januar, 7 Uhr, Zentralversammlung, Kungelstr. 7, bei Heinrich. Erklären der Fahrkarte ist Pflicht. Auskunft über Touren erteilt Otto Pantel, Zentralvorwart, Reußstr. 10, Lichtenberg Straße 11.

Arbeiter-Radfahrer-Klub „Stroh-Berlin“. Sonntag, den 30. Januar, nachmittags 1 1/2 Uhr, Mariendorf, Kurfürstenstraße (Feldschützen). Start: Mariannenplatz.

Erbsfolge durch Verbrechen sichern will, das Schicksal seines Bruders William v. Perch beiseite schloß, sein eigenes neugeborenes Töchterchen für einen Knaben Alfred ausgab und den herangewachsenen „Sohn“ zum Erben der Herzogswürde ernannte. John v. Perch will auch Herzogswürde und Besitzum seines Bruders William seinem „Alfred“ vererblichen, was aber nur zu erreichen ist durch — Eheschließung mit Williams Tochter Alice. Nachdem „Alfreds“ Widerstand durch den Vater gebrochen ist, kommt ein Verlöbniß zustande, doch in dem „Drücker“ regt sich jetzt um so stärker die Jungfrau. In Bräutigams Bar sie als Unbekannte geheime Hofmomenkünfte mit einem Lord Kensington, den sie liebt, der aber gleichzeitig in vertrauliche Beziehungen zu Alice tritt. Die Verbindung steinert sich, als Alice ihren Eltern gestehen muß, daß sie sich für Alfred fühlt. Von hier an fand ein Teil des Publikums die Tragödie komisch. „Alfred“ wird mit Verwürfen überhäuft und sein Vater drängt auf schleunigste Hochzeit, verlangt aber, daß „Alfred“ seine junge „Gottin“ die erste Nacht nicht überleben läßt. „Alfred“ weiß entsetzt diese verheerenden Pläne zurück, wird im Duell mit dem Verführer Kensington von diesem zu Boden gestreckt und nun als Weib erkannt. Bei der Beerdigung dieses heissen Stoffes sind, das müssen wir anerkennen, die durch ihn gegebenen Klippen geschickt vermieden worden. Die Darstellerin des „Alfred“ zeichnete sich durch psychologische Vertiefung aus.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Freitag, den 28. Januar:

12. Abt. (Steglich). 8 Uhr im Vortrag (Mittagspause), Steglich, Kochenburger. Arbeitergemeinschaft sozialdemokratischer Arbeiterbetriebe. 2. Vortrag über „Die Grundlagen der Religionen“. Referent: Dr. Krieger.

1. Abt. Die Funktionäre werden gebeten, Agitationsmaterial beim Abteilungsleiter, Genossen Steiner, Linienstr. 136 (Zigarrengeschäft), abzuholen. 12. Abt. Elternversammlung in der Vertrauensschule, Alexanderstr. 106. Referent: Lehrer Reuschke.

19.-22. Abt. 7 Uhr Versammlung bei Hampe, Strahmannstr. 7. 13. Abt. (Häckerle). 7 1/2 Uhr Diskussion: „Die Arbeiterbewegung im Realgymnasium, Dolesstr. 75. Thema: „Auf zum Kampf gegen die Reaktion“. Referent: Finanzminister Widemann.

13. Abt. (Schlesier). Gemeindefest des Märkischen Museums am Sonntag, den 30. Januar, von 10-12 Uhr. Teilnahme nur bis zum 28. Januar schließt bei Genossen Reumann, Lichtenbergstr. 3, Genossen Diele, Kurfürststr. 10 und Barmerstraße 10. Teilnehmer: 1 M. Preis 1 M. Treffpunkt 9 1/2 Uhr beim Märkischen Museum, Jungfernhofstr. 10. (Gruppe Siedler) 7 1/2 Uhr im Saal der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3. Vortrag über „Religion und Sozialismus“. Referent: Dr. Lillig, Privatdozent an der Universität. - (Gruppe Karben) 7 1/2 Uhr in der Gemeindefesthalle, Pankstr. 14. Vortrag über „Theorien der Arbeiterbewegung“. Referent: Genosse Forst. - (Gruppe Häckerle) 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Kurfürststr. 14, Diskussionsabend. - Arbeitsnachweis pünktlich 8 Uhr Beginn.

Arbeitergemeinschaft sozialdemokratischer Volksgenossen. Groß-Berlin, 7 Uhr in Dorotheensiedel, Neue Friedrichstr. 15, im Kuffen, große Mitgliederversammlung der Genossen der Grünen, Blauen und Rotenpolizei. Beschlüsse, alle vollständig, es gilt für die kommenden Wahlen der Reaktion den Kampf anzuzeigen.

Regel. Die diesjährige Jugendweihe findet am Sonntag, den 27. März 1921 (Osterfesttag), nachmittags 10 Uhr, in der Aula der Humboldt-Schule statt.

Die erste Vorbereitungsstunde beginnt am Sonntag abend, den 29. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Arbeiterjugendheim, Schönhofstr. 15. Anmeldungen nehmen entgegen die sozialistischen Arbeiterbetriebe: Franz Reumann, Kungelstr. 7, 6, und Otto Kohn, Treptenstr. 21.

Morgen, Sonnabend, den 29. Januar:

17. Abt. Am Sonntag, den 30. Januar, 8 Uhr früh, Flugblattverteilung von Krieger, Coppenstr. 8.

22. Abt. 7 Uhr Besichtigungsbesuch bei Kanadof, Petersburger Str. 86. 23. Abt. Sonntag, den 30. Januar, Flugblattverteilung. Die Stadtbezirke 160, 161, 180, nehmen ihr Material (den am Sonntagabend in der 3. 8., Petersburger Weg 4, in Empfang. Die Stadtbezirke 158, 159, 162, 157, 158, 164, 165, 187, 188, 190 und die Wahlbezirke 200 und 270 sollen die Flugblätter bei Schille, Friedrichsberger Str. 22 (Restaurant), ab. - Zum Zweck einer lächelnden Durchsicht aller Wahlarbeiten in der ausgedehnten Abteilung werden alle Funktionäre, Betriebsratsmitglieder sowie alle arbeitstätigen Genossen ersucht, sich mit dem Abteilungsleiter auch telefonisch in Verbindung zu setzen.

43. Abt. Sonntag, den 30. Januar, 9 Uhr früh, Flugblattverteilung von Diele, Pankstr. 14.

44. Abt. 7 Uhr wichtige Konferenz aller Funktionäre im Saal von Groß, Pankstr. 14.

45. Abt. (Charlottenburg). Sonntag, den 30. Januar, 9 Uhr früh, Flugblattverteilung vom Saal „Am Birkenweg“ für die ehemaligen 6. und 7. Gruppe. Für die 6. Gruppe vom Saal Wilmanns, Pankstr. 14. Teilnehmer: 1 M. Preis 1 M. Treffpunkt 9 1/2 Uhr beim Märkischen Museum, Jungfernhofstr. 10.

115. Abt. (Schlesier). Sonntag, den 30. Januar, 4 1/2 Uhr früh, Sitzung der Betriebsfunktionäre und Betriebsratsmitglieder bei Siedler, Jung. Gde. Oberstraße. Am 10 Uhr treffen sich sämtliche Betriebsfunktionäre in ihren Wahlbezirken zur Flugblattverteilung.

Arbeitergemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen. 3 Uhr Sitzung im Stadtsaal, Klosterstraße, Saal 200. Tagesordnung: „Schulsaalbau“ (für das Parteiprogramm). Referent: Genosse Forst. „Lehrerbildung für den Berufsausschritt“. Referent: Genosse Kade.

Geschäftliche Mitteilungen.

Der Verkauf der bei den Kaiserwerken von Sosa, alleinstufige Verkaufsstelle in der Chaussee 2780, findet in dieser Woche sein Ende. Abheben bitte sofort.

Zinke wenig hervorgetreten, dafür erblickte er in der unermüdblichen, heute wie damals wichtigen Klein- und Organisationsarbeit seine Hauptaufgabe. Wir wünschen dem Jubilar am heutigen Tage, daß es ihm noch lange vergönnt sein möge, in gewohnter Rüstigkeit in der Arbeiterbewegung tätig zu sein.

Welt der Gegenätze. Am 15. Dezember des vorigen Jahres zeigten wir auf Grund einer Zuschrift das Schlimmerleben eines profligat Schiebers im Hotel Adlon. Da von bestimmter Seite diesem Vorgang ein gewisses Interesse zugewendet wird, möchten wir unseren Gewährsmann bitten, zur näheren Rücksprache sich einmal auf unserer Redaktion einzufinden, oder seine Adresse an dieselbe gelangen zu lassen.

Das Kino im Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten. Am Sonnabend, den 28. Januar d. J., findet im Ansehn-Palast, Reußstr. 10, Ansehn-Palast, die nächste Vorstellung des recht beifällig aufgenommenen Films: „Die Geschlechtskrankheiten und ihre Folgen“ mit ärztlichem Beilegtwort statt. Bei der unendlich großen Bedeutung, die der Bekämpfung der verheerenden Seuche beigemessen werden muß, kann ein Besuch dieser belehrenden Vorstellung nur jedermann empfohlen werden.

Milchlieferung. Am 28. Januar erhalten die 4-Liter-Krankenkassen nur 4 Liter Milch, die 4-Liter-Krankenkassen werden voll beliefert. Am 29. Januar werden die 4-Liter-Krankenkassen voll beliefert, die 4-Liter-Krankenkassen erhalten keine Milch. Die übrige Lieferung bleibt wie bisher.

Ueber Religion und Sozialdemokratie spricht Privatdoz. Dr. Lillig morgen abend 7 Uhr auf Einladung der Jungsozialisten in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstraße 3. Gäste willkommen.

Die Schöneberger Nähfabrik im Neuen Schöneberger Rathaus beschäftigt über 150 erwerbsfähige Kriegswitwen in ihrem ausgedehnten Betrieb. Näherarbeiten jeder Art, Anfertigungen, auch bei Fugabe von Materialen, Beschneidungen werden dort zu billigen berechneten Preisen übernommen. Gleichfalls können Quittungen in jeder beliebigen Menge geliefert werden. Nähere Auskunft im Neuen Rathaus, Zimmer 316, Stephan 3061.

Filmschau.

Der Stier von Olivera.

Aufführung im Ufa-Palast.

Dieses das Leben eines napoleonischen Generals der „Großen Armee“ abschließende Episode gab bereits Stoff zu einem Schauspiel Heinrich Büchseners und zu einer Oper D'Alberts. Die Filmbearbeitung von Ulrich Schindler, und Dr. Ludwig Zell sucht das Geschick, das sich jenseits der Pyrenäen in Spanien abspielt, enger mit der Zeit zu verknüpfen und aus den zufälligen Umständen zu entwickeln. Es gibt abends gesehen eine ganz wahrheitsgemäße Sache: den späten Liebesfrühling eines alten, von tausend Kriegskämpfen hart gewordenen Generals, der das fahle Spiel seiner erzmännlichen Geliebten feindselig abschließt, indem er sie tötet. Daß er selbst im Augenblick darauf von den Kugeln der Unterdrückten stirbt, ist abschließende dramatische Reue. Der Film zeichnet glänzend seltene Umrisse, verlagert aber im Psychologischen. Solch alter Bärenhäutergeneral klappt nicht ohne weiteres bei einer zehnjährigen schönen Larve zusammen, um, so weniger, da seine Liebe ursprünglich aus unerfüllter Rache entsteht. Trotzdem steht Sannings aus diesen Unmöglichkeiten ein sehr stark wirkendes Bild zusammen. Die fabelhafte Marke des einäugigen Generals mit der breiten Narbe über der Stirn trug das Ich dazu bei. Die opferbereite spanische Circe stattet Hanna Kolph mit mühsam verhaltenem Temperament aus, besonders gut in den Szenen, da sie den Viehdienst des Generals mühsam duldet. Die beiden halten das Spiel auf solcher Höhe, daß die übliche Filmerzerei sich auch in den anderen Szenen gar nicht entwickeln kann. Alles Bildhafte erstklassig. Der allzu rasche Szenenwechsel stört zuweilen. Nebenbei sei erwähnt, daß napoleonische Grenadiere kaum wie ehemalige preussische Soldaten zur Parade in den Krieg gezogen sein mögen. Auch bewegten sich die Offiziere damals kaum mit dieser ästhetischen Grandezza im Preußenstil.

Satan Diktator, Troopie eines Häufigen Geschlechtes in 6 Akten, ist ein von Edmund Linde des Dichters und in Szene gesetzter Dramenfilm, den die Orient-Film-Gesellschaft herausgebracht hat. Wer durch den Film verleiht, aktuelle Anspielung erwartet hatte, sah sich bei der Eröffnung in den Olympia-Lichtspielen (Kamstr. 160) enttäuscht. Die für einen Hinterschneidungsmann sich eignende Handlung spielt auf dem Herrensitz eines englischen Plantagenlords John v. Perch, der den Chiffrierungen des Teufels erliegt, die

Die Heilung der Nervenleiden durch die künstliche Höhensonne. Von J. Kori. Direktor des künstlichen Höhensonnenbades „Aktis“. Schon vor dem Kriege konnte man von einem Zeitalter der Nervosität sprechen. Das Hasten und Jagen nach Erwerb, das Streben nach Vorwärtkommen für sich und die Seinen kostete die Nerven mitgenommen, und schon die kleiner Kinder waren durch Berührung nervös. Durch die Entbehrungen und Sorgen während des Krieges sind noch demselben hat sich aber begreiflicherweise diese Krankheit noch viel weiter verbreitet. Wer die Nervosität oder Nervenschwäche nicht lenkt, wird leicht geneigt sein, die davon Betroffenen für Simulanten zu halten. Sie leben verhältnismäßig wohl aus, und können oft noch nicht einmal über besondere Schmerzen klagen. Und doch sind es die bedauerndwertesten Menschen. Ihr ganzer Lebensmut, ihre Lebens-

lustigkeit ist dahin, ihr Gemüt verdrückt sich, trotz des besten Willens können sie sich kaum zur Arbeit aufraffen, der Schlaf flieht sie, sie sind unzuliebend mit sich und ihrer Umgebung, und der Frieden in den Familien wird oft dadurch gestört, besonders wenn die gelunden Familienmitglieder kein Verständnis und keine Rücksicht für die Erkrankten haben. Aber auch bei dieser Krankheit bewährt sich die Wirkung der künstlichen Höhensonne aufs Beste. Ich führe darüber nur die Worte eines Pioniers der künstlichen Höhensonne, des Professors Japonek von der Universität Wien in Olesien, an. Dieser schreibt: „Die Bestrahlungen wirken beruhigend, und die behandelten Personen erheben sich wieder — ohne alle narkotischen Mittel — eines gelunden und regelmäßigen Schlafes. Die im Zusammenhang mit den nervösen Erscheinungen auftretenden Schmerzempfindungen verschwinden sehr bald. Ueberarbeitete und geistig Abgespannte fühlen sich nach wenigen Bestrahlungen im allgemeinen außerordentlich gestärkt. Das Allgemeinbefinden, das ganze Aussehen der Patienten, das Gesicht nimmt einen ganz anderen, frischen Ausdruck an; das gedrückte ver-

drückte Gemüt erhebt sich; der Appetit wird auf das günstigste beeinflusst.“ Dies habe ich selbst an vielen Hunderten von Personen, die in der von mir geleiteten Anstalt bestrahl wurden, beobachten können. Schon nach wenigen Bestrahlungen erklärten sie mir, daß sie sich wie neugeborene Mähen und neuen Lebensmut und neue Arbeitskraft und Arbeitslust verspürten. Solche, die monatelang kaum schlafen konnten, schliefen jetzt Stunden ununterbrochen; die Unruhe und das Angstgefühl waren vollständig verschwunden. Auch bei sequeller Nervosität ist die künstliche Höhensonne außerordentlich wirkungsvoll. Ich kann mich hier über dieses Thema nicht weiter auslassen, erbe aber in meinen Spychstunden im künstlichen Höhensonnenbad „Aktis“, Welle-Alliance-Platz 6a (genau auf Adresse achten), von 10 bis 1 und 4 bis 8 Uhr kostenlos Auskunft. Auch bei Neuralgie (Nervenschmerzen) bringt die künstliche Höhensonne meistens schnelle Heilung, und in der Regel nur dann, wenn sie schon jahrelang besteht, ist eine große Anzahl von Bestrahlungen nötig. Die medizinische Wissenschaft kennt über 40 Arten von Nervenschmerzen. Am bekanntesten und gefährlichsten sind die Kopf- und Gesichtsnerven, die Gliedertrippenschmerzen und Zedias. Die Bestrahlungstherapie ist bei allen Nervenleiden genau der Persönlichkeit und dem Leiden anzupassen. Deshalb kann nur Erfolg haben, wer ausreichende praktische Erfahrung hat. Wer sich näher über die Wirkungen der künstlichen Höhensonne unterrichten will, dem sei eine kleine Broschüre Nr. 2 empfohlen, die das künstliche Höhensonnenbad „Aktis“, Berlin, Welle-Alliance-Platz 6a, auf Verlangen in Groß-Berlin kostenlos, nach auswärtig gegen Einlieferung von 1 M. — in Briefmarken versendet. Auch mündliche Auskunft erfolgt vollständig kostenlos in den Sprechstunden von 10 bis 1 und 4 bis 8. Die Bestrahlungen sind auch für weniger Vermittelte erscheinlich, da eine Kur von 15 Bestrahlungen in obiger Anstalt nur 90 M. kostet. Damit auch solche, die abends lange arbeiten müssen, die Gelegenheit zu Bestrahlungen mit künstlicher Höhensonne haben können, ist die Anstalt Dienstags und Freitags bis 9 Uhr abends geöffnet.

Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend E. G. m. b. H. Manufakturwarenlager: Brunnenstraße 188-190 \* Warenhaus: Reinickendorfer Straße 21 / Pankstraße 89. Weiße Woche! Beginn des Verkaufs: Sonnabend, den 29. Januar / Schluß des Verkaufs: Sonnabend, den 5. Februar. In dieser Woche kommen Waren aller Art in nur guten Qualitäten zu den billigsten Preisen zum Verkauf.



Jugendwohlfahrt - Reichswehrministerium.

In der gestrigen Reichstags-Sitzung erfolgte nach kurzer Vorrede die Beratung der Interpellation über die Vorlage eines Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes...

Abg. Frau Müller-Ott (Dnat. Sp.): Wir verlangen baldigst die Vorlage eines Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes. Die staatliche Jugendfürsorge reicht zwar für die tatsächlichen Bedürfnisse der Erziehung nicht aus...

Reichsminister des Innern Koch: Die Reichsregierung legt Wert darauf, durch ein Reichsgesetz der Vernachlässigung der Jugend entgegenzuarbeiten. Der Entwurf ist dem Reichstag bereits im Februar 1920 zugegangen...

Abgebrochen werden mußten. Der Reichsfinanzminister hat 50 Millionen Mark als Reichszuschuß zur Verfügung gestellt. Preußen fordert eine Erhöhung des Reichszuschusses...

Abg. Frau Schröder (Soz.): Finanzminister und Reichsminister sollten sich darüber klar sein, daß während sie sich streiten, die Kinder zugrunde gehen. Das einzige Erfreuliche in den Ausführungen des Ministers Koch war die Erklärung...

Abg. Frau Dr. Mah (D. Sp.): Wir wollen ein Reichsjugendwohlfahrtsgesetz, das eine großzügige Organisation verbirgt, mit einem Jugendamt an der Spitze. Es ist erfreulich, daß sich alle Frauen in diesem Hause, so getrennt wir in wirtschaftlichen Fragen sind...

Staatssekretär Schulz: Das Kabinett hat sich ausdrücklich mit der Angelegenheit beschäftigt. Der Reichsminister des Innern hat Verhandlungen in die Wege geleitet, die das Zustandekommen einer Verständigung der einzelnen Finanzressorts erwarten lassen...

Abg. Löwenstein (U. Soz.): Wir betrachten das Gesetz nur als Abschlagszahlung, denn man kann nicht ein einzelnes Gebiet aus dem ganzen Zusammenhang dieser Fragen herauslösen und reformieren. Wir stellen an die Spitze der Erziehung Solidarität und soziales Gemeinschaftsgefühl...

Abg. Frau Jeklin (Komm.): In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung bedeutet der Besitz alles, der lebendige Mensch nichts. Das Kinderselbst ist heute nicht nur unter den Proletariaten, sondern auch bei Kleinbürgern und Mittelbürgern entsetzlich verdrängt. Der Staat, die Gesellschaft hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht zur Erziehung der Kinder...

Darauf folgte die dritte Beratung des Entwurfes eines Gesetzes über den Erwerb von Verordnungen für die Zwecke der Ueberwachungsverwaltung. Danach kann mit Zustimmung des Reichsrats und eines Reichstagsausschusses die Regelung der Maßnahmen anordnen, die ausschließlich die Regelung des Ueberganges von der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft betreffen...

Abg. Warmuth (Dnat. Sp.) beantragt, dem Ausschuss nicht die Befugnis zu geben, auch über die Aufhebung von Bewirtschaftungen zu entscheiden. Die Abgeordneten Herz (U. Soz.) und Dr. Herzfeld (Komm.) lehnen den Antrag ab.

Vor der Abstimmung verließen die Unabhängigen und Kommunisten den Saal, um bei der Gesamtstimmung eine Zweidrittelmehrheit des Hauses zu verhindern. Unter Ablehnung des deutschen Antrages wird der Entwurf unverändert angenommen.

Präsident Loh: Obwohl die Frage, ob das Gesetz ein verfassungsänderndes ist, nach der Klärung bedarf, lenkt die Regierung auf seine Annahme keinen Wert, wenn nicht die verfassungsmäßige Mehrheit dahinter steht. Die Gesamtstimmung wird daher an einem anderen Tage stattfinden.

Reichswehrministerium. Es folgte die zweite Lesung des Haushalts des Reichswehrministeriums.

Berichterstatter Abg. Stücken (Soz.): Der vorliegende Milliardenetat dürfte wohl der größte Etat des Heeres und der Marine sein, der jemals einem Parlament vorgelegen hat. Die Rückführung des Heeres auf 100.000 Mann ist zum 1. Januar durchgeführt worden. Zu bedauern ist, daß das Wehrgesetz noch nicht verabschiedet worden ist...

Die Verhandlungen des Etats der Reichswehr erforderten diesmal im Ausschuss sehr lange Zeit, weil eigentlich ein ganz neuer Etat aus den Vorlagen hergestellt werden mußte. In der sehr regen Aussprache wurde von allen Seiten darauf hingewiesen, daß ein Söldnerheer finanziell für die Dauer kaum durchgehalten werden könnte. Ganz abgesehen davon, sprechen gegen ein Söldnerheer auch eine ganze Reihe sehr ernste Gründe. Der Söldner muß sozial ganz anders gestellt werden, als es bei den aus der allgemeinen Wehrpflicht hervorgegangenen Soldaten erforderlich war...

Zu lebhaften Auseinandersetzungen führte die Frage, ob das Wehrministerium nicht zu stark beengt sei und insbesondere

wurde dabei verlangt, Abteilungen, die nicht unbedingt in der Zentrale sein müssen, wie das Waffen- und Munitionsbeschaffungsbüro, dort zu entfernen. Der Wehrminister sagte zu, daß die Frage der Organisations des Wehrministeriums weiter geprüft werde und daß dann Abänderungsvorschläge gemacht werden sollen. Einen breiten Raum in den Beratungen nahm ferner die Frage ein, wie die Entlohnung des Heeres durchzuführen sei. Die Behauptung, daß dem Adel ein Vorrang in der Reichswehr zugestanden worden sei, wurde entgegengetreten mit der Feststellung, daß der Adel im Offizierskorps keineswegs überwiege, daß aber Rücksicht genommen werden müßte auf die Frontoffiziere, die Jahre hindurch in vorderster Linie gekämpft haben, daß ferner berücksichtigt werden müßten die Offiziere, die aus der Kriegsgefangenschaft zurückkamen. Besondere Rücksicht auf die Frontoffiziere, die Jahre hindurch in vorderster Linie gekämpft haben, daß ferner berücksichtigt werden müßten die Offiziere, die aus der Kriegsgefangenschaft zurückkamen. Besondere Rücksicht auf die Frontoffiziere, die Jahre hindurch in vorderster Linie gekämpft haben, daß ferner berücksichtigt werden müßten die Offiziere, die aus der Kriegsgefangenschaft zurückkamen...

Zu lebhaften Auseinandersetzungen gab das Verhalten einer Anzahl Offiziere Anlaß des Rapp-Butsch'schen Veranlassung. Der Hauptausschuss hat sich auf die Entlohnung geeinigt, daß die Weiterverwendung eines Offiziers, der nicht auf dem Boden der Verfassung steht, unzulässig ist. In der Frage der Seelssorge vertritt ein Teil des Ausschusses den Standpunkt, daß eine besondere militärische Seelssorge mit dem Artikel 41 der Verfassung in Widerspruch stehe. Die Mehrheit des Ausschusses trat nicht auf den Boden dieser Auffassung, so daß die Mittel für die Militärseelssorge in dem geforderten Umfang bewilligt wurden.

Die große Anzahl Pferde, die für das 100.000 Mann starke Heer gefordert werden, führte zu einer lebhaften Aussprache. Das Reichswehrministerium erklärte, daß die Kosten einer Herabminderung dadurch erfahren werden, daß die Pferde zu einem erheblichen Teil ausgetauscht werden sollen. Bei der Verpflegung konnten 75 Millionen Mark abgetrieben werden, weil es sich herausstellte, daß die abgetriebene Summe unter Voraussetzungen in den Etat eingeseht wurde, die dann nicht eingetreten sind.

Von den hohen Summen, die für Munition verlangt wurden, sind 65 Millionen Mark abgestrichen worden. Man war sich im Ausschuss darüber einig, daß mit der Entente Verhandlungen angeknüpft werden müssen, damit der Bedarf an Munition für die Reichswehr aus den vorhandenen Beständen entnommen werden kann, um dadurch die enormen Ausgaben zu verhüten, die sonst sich erforderlich machen werden.

Die Gesamtkosten betragen nach Abzug von 57 Millionen Mark Einnahmen rund 4 1/2 Milliarden Mark. Auf die fortbauenden Ausgaben für das 100.000 Mann starke Heer und für die 15.000 Mann starke Marine entfallen rund 3 Milliarden Mark. Der frühere Soldat kostete vor dem Kriege jährlich unter Einbeziehung der Verwaltungskosten 1200 M., der Angehörige der Reichswehr erfordert einen Aufwand von 24.600 M. Selbst wenn man berechnet, daß die Mark vier Fünftel ihrer Kaufkraft verliert hat, kommt die Reichswehr erheblich teurer zu stehen als das frühere lebende Heer. Die Frage, ob es möglich ist, 96.000 Leute zu finden, die bereit sind, sich zu einer 12jährigen Dienstzeit in der Reichswehr zu verpflichten, ist sehr wesentlich, denn der Zugang zur Reichswehr wird ganz erheblich von der wirtschaftlichen Lage in Deutschland abhängen. Bei steigender Konjunktur ist damit zu rechnen, daß der Andrang schwächer wird und es dann nicht die vorzüglichsten Elemente sein werden, die zum Eintritt in die Reichswehr bereit sind. Im Ausschuss war man sich allgemein darüber klar, daß für Deutschland angestrebt werden muß, ein Milizheer aufzustellen mit einer ganz kurzen Dienstzeit und öfteren Wiederholungskursen. Durch ziffermäßige Beschränkung der Waffen würden schließlich auch die Bedenken erschüttert werden, die von unseren früheren Gegnern gegen dieses System erhoben werden können.

Abg. Schöpflin (Soz.): Ungeachtet der im Ausschuss vorgenommenen Abstriche bleiben nach unserer Ueberzeugung in dem Etat noch Ausgaben, die ohne Gefährdung wichtiger Interessen gestrichen werden können. Mit den Stellen von Stabsoffizieren ist sehr verschwenderisch umgegangen, man hat sich in den höheren Stellen eben gegenseitig versorgt. Auch die Zahl der Pferde ist zu hoch. Bei den Mannschaften kommt auf jeden vollen Mann ein Unteroffizier. Den Offizieren wird jeder Wunsch nach einer bestimmten Garnison erfüllt, daher werden die Formationen übermäßig auseinandergerissen. Ueberall fehlt es im Etat an der so notwendigen Sparsamkeit. Dennoch wird an Kleinigkeiten Sparsamkeit demonstriert: Im Etat steht wörtlich, daß der Reichswehrminister auf das Auto des Chefs der Heeresleitung angewiesen sei. Bei den alten Beziehungen der beiden Herren zueinander ist nicht anzunehmen, daß der Chef der Heeresleitung dem Minister das Auto sperren (Herzfeld). Ein Ende muß gemacht werden mit der Verschwendung. Die Militärmusiker dürfen bei ihrer guten Begabung den Instrumenten keine Konkurrenz mehr machen. Die Offiziere, die aus dem Unteroffizierstande hervorgegangen sind, klagen darüber, daß ihre Stellung im Offizierskorps keine angenehme sei. Ich bitte, den Antrag unseres Freundes Rohrbach anzunehmen, der eine reichsgerichtliche Neuordnung der Bestimmungen über den Waffengebrauch fordert. Bis jetzt ist mit dem

Konstruieren von Fluchtverdaht. Besanmenen gegenüber viel Mißbrauch getrieben worden. Ebenso fordert dieser Antrag ein Gesetz zur Abänderung der Militärgerichtsbarkeit, welches die Rechte des Gerichtsherrn beschränkt. Ich bitte auch um Annahme des Antrages Müller-Franken, welcher die Parole eines neuen Verzeichnisses der Waffenbestände verlangt, die der Reichswehr statomäßig zur Verfügung stehen. Gefährlich und ganz im Sinne des alten Systems erscheint die Disziplinierung der obersten Behörden der Reichswehr, wonach der Chef der Heeresleitung zwar die Macht, aber nicht die Verantwortung hat. Herr Gehler hält sich für einen starken Mann, der sich was er will und das auch durchsetzt. Für das schlimme Erbe des Krieges und des Zusammenbruchs, Verminderung und Disziplinlosigkeit, haben wir volles Verständnis. Aber wenn man das alles auch weiterhin ausstößt, bleibt doch immer noch vieles Bedenkliche. Gefühnswaschmittel verlangen wir nicht, aber die Verhandlungen der Republik, wie sie vielfach vorkommen sind, verbitten wir uns. Das Organ des deutschen Offiziersbundes bringt am heutigen Geburtstag des Erzkaisers einen im alten byzantinischen Geiste gehaltenen Artikel, in dem es ihm

die tiefempfindlichsten Glückwünsche der deutschen Offiziere zu flößen legt. In Bayern, wo überhaupt seltsame Dinge vorgehen, läßt man die Offiziere und Soldaten, die sich im Rapp-Butsch als

verfassungstreu erwiesen haben, dies jetzt entzogen. Es gehen unter den Regimentskommandeuren von General v. Mühl unterzeichnete Rundschreiben herum, in denen nach der Bestimmung der Offiziere und Mannschaften gefragt wird. Auf der äußersten Linken sollte man einsehen, daß alle unbefonnenen Streiche nur den Offizieren mit Recht Anlaß geben, den Geist der Soldaten in ihrem Sinne zu beeinflussen. Das erste, was der Reichswehrminister durchführte, war die neue Bekleidungsverordnung. Das Wiedererschleichen der Abgestrichenen und Orden ist eine Kapitulation vor den Offizieren. Das Wiedererschleichen dieses militärischen Fiesels ist eine Provokation aller Kreise des deutschen Volkes, die auf dem Boden der Republik und der Demokratie stehen.

Auch die Vorgänge im Postkötter Lager und der Pseudo-Sozialistenkampf von Buzstrom, der nach Erklärungen des Regimentskommandeurs höheren Orts befohlen worden ist, sind unerhörte Erscheinungen. Dem Reichswirtschaftsverband deutscher Berufssoldaten werden große Hindernisse bereitet. Dagegen konnte man für ein Verbot des Beitritts zum „Verbande nationaler gekannter Soldaten“ keine Handhabe finden, weil „das Reichswehrgesetz noch nicht in Kraft getreten sei“. Wir Sozialdemokraten arbeiten gegen die moralische Gefahr und werden nie aufhören, für die Erhaltung der Republik zu kämpfen. (Stürmischer Beifall b. d. Soz.)

Abg. Erling (D. Sp.): Der Herr Reichswehrminister ist seiner Aufgabe voll und ganz gerecht geworden: er hat alles getan, um eine dem Volke dienliche Wehrmacht zu schaffen. (Beifall links.) Um das Vertrauen zwischen Heer und Volk wieder herzustellen, darf die Reichswehr nicht einer Partei dienen, sondern nur dem ganzen Volke.

Abg. v. Goltz (Dnat. Sp.): Das Kriegsministerium selbst konnte sich nicht verheinen, daß die Arbeit auch bei einem kleinen Heer dieselbe ist und die Umstellung viel Arbeit macht. Schöpflins Ausführungen über den 27. Januar werden diejenigen nicht beirren, die sich an diesem Tage besonderen Empfängnissen hingeben.

Das Haus vertagt sich auf Freitag 1 Uhr: Anfragen, Weiterberatung. — Schluß, 7 1/2 Uhr.

Freie Bauwirtschaft?

Von Dr. jur. A. Holz.

Ebenso wie die Armut von der Povertee kommt, kommt die Wohnungsnot von dem Mangel an Wohnungen; dieser Mangel an Wohnungen wird am besten behoben durch den Neubau von Wohnungen. In diesen ebenso leicht verständlichen wie nichtslagenen „Gedankengängen“ haben sich bisher zu einem großen Teil die Betrachtungen über die Wohnungsnot und deren Beseitigung bewegt. Die Schwierigkeiten begannen erst, als man dann weiter fragte, von wem, wie und mit welchen Mitteln gebaut werden sollte. In die Diskussion über diese Fragen ist seit einiger Zeit eine neue Note hineingekommen. Fast gleichzeitig sind in der bürgerlichen Presse der verschiedensten Richtungen eine Reihe Artikel von „Sachverständigen“, d. h. von Interessenten der Terrangefellschaften, Baugesellschaften und Belehungsanstalten, erschienen, die Heilmittel gegen die Wohnungsnot und zur Beseitigung der Bauwirtschaft empfehlen. So verschieden diese im einzelnen sind, im Endergebnis laufen sie auf eins hinaus: Befreit die Neubauten von den Fesseln der Höchstmietenverordnung, des Wohnungsamts und des Einigungsamts, und sofort wird die Neubautätigkeit einkehren.

Gegenüber dieser von den verschiedensten Seiten zugleich ausgehenden Parole kann man ruhig und nicht energisch genug auf das geradezu Verberlendes dieses Gedankenganges hingewiesen werden. Ellinger wagt in seiner Schrift über die „Sozialisierung des Baugewerbes“ (vgl. „Vorwärts“ Nr. 25) mit Recht darauf hin, daß bei freier Bauwirtschaft die Mietpreise um das 12- bis 15fache steigen würden. Er scheint allerdings zu glauben, daß sich keine Mieter finden, die das bezahlen würden; das ist leider nicht richtig. Es gibt in den Großstädten eine ganze Menge Leute, die entweder genügend verdienen, um solche Mieten zu zahlen, oder deren Wohnungsnot so groß ist, daß sie selbst unter Befehlshaltung aller anderen Lebensnotwendigkeiten sozial Miet aufbringen, um wenigstens ein Dach über dem Kopf zu haben. Haben aber die Hausbesitzer erst einmal durch solche „Beispiele“ den Behörden gezeigt, wie weit die Mieten in die Höhe gehen können, dann werden sie bei den Behörden ein offenes Ohr finden, wenn sie die Ungleichheit zwischen den Mieten in den neuen und den alten Häusern durch Steigerung der letzteren ausgleichen wollen. Sie werden bei den gegenwärtig maßgebenden Stellen um so willigeres Gehör finden, als diese schon selbst mit dem Gedanken der freien Bauwirtschaft liebäugeln und den jetzigen Zustand der gebundenen Wirtschaft als ein möglichst zu veränderndes Uebergangsstadium ansehen. Das Reichsministerium hat ja in seinem neuesten Entwurf des Reichsmietengesetzes bereits die Bestimmung aufgenommen, daß dieses Gesetz nicht gelten soll für Neubauten, die ohne Zuschüsse errichtet sind. Und auch das preussische Wohlfahrtsministerium, bisher Befürworter der gebundenen Wirtschaft, betritt dieselbe abschüssige Bahn, wenn es bei den Verhandlungen mit dem Berliner Magistrat wegen der Wohnsteuer dafür eintritt, daß nach dem 1. Januar 1917 fertiggestellte Neubauten von der Steuer befreit werden. Das preussische Wohlfahrtsministerium sollte rechtzeitig diese Entwicklung bremsen. Wohin sie führt, konnte es an einem Symptom ganz deutlich sehen: Auf die Nachricht von der Bereitstellung von 400 Millionen Mark für Bauwende durch die Preussische Regierung reagierte die Börse mit der Heraushebung des Kurses von Terrainaktien!

Man sollte eigentlich, soweit es sich um Dinge handelt, die nicht gerade im Ueberfluß vorhanden sind, von dem „freien Spiel der Kräfte“ genug haben und wissen, daß dann freies Spiel nur die Schieber und Wucherer haben, während die Menge der Konsumenten immer nur die Ehre hat, die möglichst erhöhten Entlaste zu zahlen. Soll man wirklich erst warten, bis all das auf das Baugesetz losgelassen ist und dann Zustände eintreten, die nicht wieder auszumachen sind? Die Frage stellen heißt, sie verneinen. Die Arbeit von Ellinger über die Sozialisierung des Baugewerbes ist zu begrüßen, aber ihr fehlt das Fundament, nämlich eine gesetzliche Regelung, die die gesamte Bauwirtschaft in die Hand des Reiches oder von diesem zu schaffender öffentlicher Einrichtungen legt. Sozialisierte Baubetriebe können nur dann wirklich ihr Ziel erreichen, wenn sie nicht im Dienste privater Bauherren, sondern allein im Dienst der Allgemeinheit stehen. Deshalb ist es unbedingt notwendig, alle jetzt vorliegenden Gesetzentwürfe daraufhin anzusehen, ob sie nicht dieses Ziel erkennen, und sie bejahendfalls ohne weiteres abzulehnen. Darüber hinaus aber ist es notwendig, die gesetzliche Neuregelung der Bauwirtschaft im sozialistischen Sinne zu beschleunigen.











# Weine Woche

Vorverkauf heute, Freitag und morgen, Samstag, Sonntag

<b>Voile</b> weiss, gute Qualität Meter <b>12<sup>90</sup></b>	<b>Roh-Nessel</b> ca. 90 cm breit Meter <b>10<sup>65</sup></b>	<b>Untertaille</b> aus Wäschestoff, mit Stickeriansatz <b>12<sup>50</sup></b>	<b>Handtücher</b> Drell, Rein Leinen, ca. 50/100 Stück <b>15<sup>90</sup></b>	<b>Deckbett</b> aus kräftigem Wäschestoff <b>79<sup>30</sup></b>
<b>Perkal</b> für Hemdblusen Meter <b>12<sup>90</sup></b>	<b>Louisiana</b> für Leibwäsche Meter <b>13<sup>75</sup></b>	<b>Beinkleid</b> für Damen, Knieform, aus Renforce mit Stickeriansatz <b>29<sup>50</sup></b>	<b>Handtücher</b> Gerstenkorn, Halbleinen, ca. 50/100, weiss mit roter Kante Stück <b>16<sup>50</sup></b>	<b>Kissen</b> aus kräftigem Wäschestoff <b>22<sup>50</sup></b>
<b>Frotté</b> weiss, ca. 100 cm breit Meter <b>19<sup>75</sup></b>	<b>Sportfanell</b> entzückende Streifen, gute Qualität Meter <b>12<sup>90</sup></b>	<b>Jandorf</b>		

Belle-Alliance-Str. Gr. Frankfurter Str. Brunnenstrasse Kottbuser Damm Wilmersdorfer Str.

## Theater, Lichtspiele etc.

**Opernhaus**  
Ritter Blaubart  
7 Uhr

**Schauspielhaus**  
Torquato Tasso  
7 Uhr

**Deutsches Theater**  
8 Uhr: César und Kleopatra  
8.30 Uhr: César und Kleopatra

**Kammerspiele**  
7.30 Uhr: Der pathetische Hut  
8.30 Uhr: Florida. Hierauf:  
Der Abenteuerer und die  
Sängerin

**Gr. Schauspielhaus**  
(Karlstraße)  
7: Florian Geyer (24. Abt. 3. Ab.)  
8.30: Flor. Geyer (24. Abt.)

**Theater 1. d.**  
Königgrätzer Str.  
Jekaterina  
7 Uhr.  
Iwanowna  
(Lucie Höflich, Paul Bildt,  
Dernburg, Prockl, Römer,  
Schlegel, Marba, Lehndorff)  
Sonntag nachm.: Rausch

**Komödienhaus**  
Täglich 7.30 Uhr Die  
SachemitLoia  
mit Max Pallenberg  
Jos. Dora a. G., Ott Wagner,  
Picha, Haskel, St. eda, Kiper  
Stg. nac. m.: „Sie“ (Gähner)

**Berliner Theater**  
Tägl. 7.30 Uhr: Die spanische  
Nachtigall  
Operette von Leo Fall mit  
Fritzi Massary  
Hans Wassmann, Emmy  
Sturm, Julius Brandt,  
Reinhold Pasch, Olga Engl  
Sg. 3 Uhr: Der letzte Walzer.

**Central-Theater**  
7.30 Uhr: Frau Bärbel (Operette)  
Deutsches Opernhaus  
7 Uhr: Fidelio  
Friedr. Wilhelmst. Th.  
7.30 Uhr: Hobeit die Tänzerin  
Kl. Schauspielhaus  
7.30 Uhr: Reigen  
Komische Oper  
7.30 Uhr: Baronechen Sarah  
Lustspielhaus  
7.30 Uhr: Arnold Rieck in  
Die schwedische Jungfrau  
Metropol-Theater  
7.30 Uhr: Hollandweibchen  
Neues Operntheater  
7.30 Uhr: Yu-Shi tanzt  
Neues Volkstheater  
7.30 Uhr: Nora  
Schiller-Theat. Charl.  
7.30 Uhr: Der Biberpelz  
Thalia-Theater  
7.30 Uhr: Mascottchen  
Th. am Nollendorfplatz  
7 Uhr: Wenn Liebe erwacht  
Theater des Westens  
7 Uhr, zum 1. Male:  
Schwalben hochzeit  
Sbd. 3. Uhr: Grosselesel  
Th. d. Kommandantenstr.  
7.30 Uhr: Der verjüngte Adolar  
Wallner-Theater  
7.30 Uhr: Der Geiger von Lugano

**Volksbühne Theater**  
a. Bülowpl.  
Zum ersten Male  
7 Uhr: Das Postamt und  
Die Komödie der Irrungen

**Lessing-Theater**  
7 Uhr: Neufeststellert:  
Ein idealer Gatte  
Komödie in 4 Akten von  
Oskar Wilde  
Sonntag und Sonntag 7.30:  
Ein idealer Gatte  
Montag 7.30 Uhr: Flamme

**Deutsches Künstler-Theater**  
Abendtäglich 7.30 Uhr:  
Die Scheidungsreise  
mit Max Adalbert und  
Trude Hesterberg  
Sonntag 3 Uhr:  
Kinder-  
Vorstellung: Fittzflitz

**Residenz-Theater**  
Täglich 7.30 Uhr:  
Lady Windermere's Fächer  
Sensrock, Korff, Valentin,  
Otto, Töffe, Falkenstein,  
Mamelok.  
Sonntag 4 Uhr, halbe Preise:  
Die Freundin

**Trianon-Theater**  
8.30 Uhr: Das Wundermittel  
Käthe Haack, Julius Falken-  
stein, Paul Morgen, Kurt von  
Möllendorff, Luise Werck-  
meister, Alfred Haase  
Sonntag 4 Uhr, halbe Preise:  
Der Roman einer Frau

**Kleines Theater**  
Unter den Linden 44.  
Täglich 8 Uhr:  
Casanovas Sohn  
Lustspiel von Rudolf Lothar.  
Fugen Burg, Mady Christians,  
Hans Albers, Heiner, Schroth.  
Morgen u. folg. Tage 8 Uhr:  
Casanovas Sohn

**Schall und Rauch**  
im Großen Schauspielhaus  
Dir. Hans v. Wolzogen.  
Telephon: Norden 8043.  
Konz. 7.30 Uhr, Beginn 8.30 Uhr.  
Gussy Hell, Paul Grätz,  
Joachim Ringelnatz, Wolf  
Kilian, Greor Ratoff,  
Joseph Burstein, Anne-  
marie Hase, C. K. Roellinger  
Cont. Richard Rille.  
Am Pils. Mische Spofianskt.  
Kapelle Leonidoff.

**Rose-Theater**  
Uraufführung!  
7.30 Uhr: Deserteure

**APOLLO**  
Dir. James Klein  
7.30 Uhr: Nur noch  
4 Tage mit  
Leo Peukert  
FILM  
mit dem  
Publikum  
und die übrigen  
Januar-Sensationen  
Sonnt. 3.10, jed. Erw.  
1. Kind frei

## Aufklärung über Madame Saharef im Apollo-Theater

Die gesamte deutsche Presse verbreitet die sensationelle Nachricht, daß die weltberühmte Saharef in Berlin eingetroffen sei. Dieser Nachricht wurden in Theaterkreisen starke Zweifel entgegen gesetzt, weil man nicht glauben wollte, daß eine Weltberühmtheit, wie die Saharef, die in Amerika die höchsten Dollargagen bezieht, zu einem kurzen Gastspiel nach Deutschland kommen würde.

Die Direktion des Apollo-Theaters gibt nun die eidesstattliche Aufklärung, daß es sich wirklich um die „weltberühmte Saharef“ handelt. Sie ist bereits in Berlin eingetroffen und nimmt an den Proben teil.

Allerdings ist es nicht die nach Hunderttausenden zählende Gage, die sie veranlaßt hat, dieses Gastspiel abzuschließen, sondern der Umstand, daß sie mit der großen Varieté-Ausstattungschau „Madame Dubarry's Liebesleben“ welche ab 1. Februar im Apollo-Theater zur Auf-führung gelangt, und in der sie die Titelrolle spielt, nach dem beendeten Gastspiel eine eigene Tournee durch ganz Amerika unternehmen will. „Madame Dubarry's Liebesleben“ mit über 150 Mitwirkenden dürfte die größte Sensation des deutschen Theaterlebens werden.

**Circus Busch**  
Tägl. 7.30, Sonntag 3 Uhr.  
Nur noch wenige Tage  
Flieg. Menschen, Eisbären,  
Löwen, Gretl's Traum.  
Vorverkauf Circuskasse  
ab 10 Uhr ununterbrochen

**Casino-Theater**  
Lothring. Str. 27. Tägl. 7.30  
Nur noch bis 3. Februar:  
Der Fehltritt einer Frau  
Freitag, 4. Febr., zum 1. Male:  
Der Großfürst  
Berliner Posse in 3 Akten  
Sonnt. 7.30 Eine fidele Ehe.

**Folies Caprice**  
Am Oranienburger Tor  
Täglich 7.30 Uhr:  
Pfeffer und Salz  
Der schlaue Theophil  
Der Doppelgänger  
Telephon: Norden 8650

**Königstadt-Theater**  
Bahnhof Jannowbrücke  
Tägl. 7.30 Gala-Sänger  
im Ballsaal T. A. N. 2

**WINTERGARTEN**  
Letzte Woche  
Ballett  
Charell  
sowie der große  
Varieté-Spielplan  
Rauchen gestattet!

**METROPOL**  
Varieté-Kabarett  
Behrenstraße 54  
Punkt 7.30 Uhr  
Riesen-Jubil. (75.) Spielpl.  
13 Schlager

**Berliner Theater**  
Montag, 31. Januar, 7.30 Uhr  
Zum 75. Male:  
Die  
spanische Nachtigall  
Operette von Aub. Schöner u. Graf Wolff  
Musik von Leo Fall  
mit Fritzi Massary  
Hans Wasmann, Emmy Sturm  
Julius Brandt, Reinhold Pasch  
Olga Engel  
Georg Schell, Hedwig von Corée, Paul  
Rehkopf, Wally Koch, Missi Petter

**Passage-Theater**  
Unter den Linden 22/23  
Dir. M. Soliman.  
2 Uraufführungen 2  
Der  
Tempel der Liebe  
Spann. Drama in 5 Akten.  
In den Hauptrollen:  
Lia Elpenschütz, Marg.  
Schön, Grete Relawald,  
Erich Kaiser, Floitz.

Der  
geleit. Drachen  
Sitzspiel in 3 Akten.  
In der Hauptrolle:  
Anna Müller-Lincke

**SCALA**  
LUTHERSTRASSE  
DIE  
730  
VARIÉTÉ-BÜHNE

**Cordonia-Palast-Theater**  
64 Androssstraße 64.  
Film: Anna Boleyn  
mit Henny Porten  
Sängerin:  
Die großen  
Varieté-Mitwirkenden

**BTL**

Potsdamer Str. 28  
Turmstr. 12  
Alexanderpl.-Pass.  
**Präsident Barrada**  
mit Michael Bohnen  
Friedenau, Kiehnstr. 1  
Fern Andra:  
Die Tänzerin v. Dschigau  
und Die Dame in Schwarz

Ziehung 3.-5. Februar.  
**Aechener Dombau-Geld-Lotterie**  
11736 Gew. ohne Abzug M.  
**333 500**  
**75 000**  
**50 000**  
Lose à M. 4.50  
**Smil Stiller**,  
Bankhaus,  
Hamburg, Holzdam 89.  
Postcheckkonto 22016.  
**Kupfer, Messing  
Zinn usw.**  
kauft zu Tagespreisen  
Jungstr. 23, Lichtenberg,  
Buckower Str. 12, E. Dresd. St.

## Schluss des Inventur-Ausverkaufs

Herren-Ülster . . . M. 500, 375, <b>235</b>	Herren-Winterjoppen in schwerer Ware . . . M. <b>150</b>
Herren-Anzüge . . . M. 500, 325, 245, <b>175</b>	Jünglings-Ülster . . . M. 350, 275, <b>200</b>
Herren-Kosen . . . M. 170, 120, 80, <b>65</b>	Knaben-Stoff-Anzüge in kleinen Größ. v. M. <b>20.-</b>
Herren-Gummimant. beste Qual. M. 475, 425, <b>375</b>	Knaben-Wasch-Anzüge Größ. v. u. 1. M. <b>30</b>

**Einsegnungs-Anzüge**  
in blau, schwarz und marone, aus halbbaren Stoffen, nach den neuesten Modellen gearbeitet zu enorm billigen Preisen

**Gesellschafts-Anzüge**  
Cutaways u. Westen, Smoking-, Gehrock-, Frack-Anzüge in den neuesten Fassons mit Schenapiegel in grosser Auswahl

Herrenstoffe für Kostüme geeignet, in schönen Farben abgetönt M. 90, 75, **55**  
für Cutaways, 140 cm breit, gute Qualität, das Meter **90**

**BaerSohn**  
Nur eine Verkaufsstelle **Nur** Keine Filialen mehr **Nur**  
Chausseestraße 29-30

**Reichshall-Theater**  
Abds. 7.30, U. u. Sonnt. 3 Uhr:  
Sensac. 3 Uhr:  
**Stettiner Sänger**  
Nehm. halb Pr.!

**Admirals-Palast**  
7.30 Die roten Schuhe  
Morgen: Zweite Redoute  
Varieté-Café  
**Moritzplatz**  
Oranienstraße 33 54  
Täglich 8 Uhr:  
Elite-Programm

**Neue Welt**  
Arnold Scholz  
Hassenheide 108-114  
Täglich  
**Bayer Bierfest**  
Wunderbare  
Alpendekoration  
Anfang 6 Uhr  
**Fünf Kapellen**  
30 bayer. Mad'l



# Neue Entente-Konferenz.

Paris, 27. Januar. (Havas.) Die Vormittags-Sitzung der Konferenz, in der die Entwaffnungsfrage beraten werden sollte, wurde auf nachmittags 4 Uhr verlegt. Den ganzen Vormittag wurden Einzelberatungen über die Reparationsfrage geführt. Am 11 Uhr begab sich Graf Sforza zu Lord George, der auch eine Unterredung mit dem englischen Botschafter in Washington Sir Audland Geddes hatte. — Der Bericht Johns in der Entwaffnungsfrage sieht, nach Havas, als Zwangsmassnahmen nicht nur die Befehle neuen deutschen Geleites, sondern auch die Verlängerung der Befehle des Rheinlandes vor, falls die gewährten Fristen für die Ausführung der militärischen Klauseln nicht eingehalten werden sollten. — Laut „Welt Journal“ bestehen die englischen Delegierten darauf, daß bei der Regelung der Reparationsfrage das Belgien zuerst Prioritätsrecht für die Kriegskosten aufrechterhalten bleibe. Die belgischen Delegierten sind aber für eine Pauschalsumme und wollen an dem Abkommen von Boulogne strikte festhalten.

Paris, 27. Januar. (T.M.) Der „Matin“ schreibt: Heute morgen ist es wenig wahrscheinlich, daß man zu einem definitiven Abkommen über die Gesamthöhe der deutschen Schuld gelangen wird, da der Unterschied zwischen den französischen Forderungen und den Forderungen der übrigen Alliierten zu groß ist. Die Konferenz wird für den Fall, daß man sich über die Gesamthöhe nicht einigen kann, zu einem provisorischen System der Jahreszahlungen und Vorstöße übergehen.

Rom, 27. Januar. (W.B.) Die italienische Presse weist auf die besondere Bedeutung der Vorschläge hin, welche Graf Sforza der Pariser Konferenz zugunsten Oesterreichs gemacht hat und bedauert nur, daß die Konferenz keinen Beschluß gefaßt hat. Die „Tribuna“ schreibt: Der Oberste Rat hat sowohl die Frage der Entwaffnung wie diejenige der Hilfe an Oesterreich und die Orientfrage einfach hinausgeschoben. Wird die Sache auf diese Weise weitergehen, so kann die Pariser Tagung die Konferenz der Vereinigungen genannt werden.

Paris, 27. Januar. (Havas.) Es hat den Anschein, daß die belgische Delegation sich bemüht, den französischen und englischen Standpunkt miteinander in Einklang zu bringen. In gewissen Kreisen der Konferenz fragt man sich, ob dies Ergebnis vor Ende der Woche erreicht werden kann. Ist das nicht der Fall, dann muß die Sachverständigenkonferenz in Brüssel ihre Arbeiten wieder aufnehmen und aus neuen praktischen Mitteln suchen, über die alsdann die Alliierten sich endgültig aussprechen werden, und zwar auf einer neuen Konferenz, die jedenfalls in London im Monat Februar stattfinden wird.

Paris, 27. Januar. (W.B.) Ueber die heutige Nachmittags-Sitzung der Konferenz ist um neun Uhr abends folgendes offizielle Communiqué ausgegeben worden: Die Konferenz ist in einen engen Meinungsaustausch über die Reparationsfrage eingetreten und hat einen kleinen, aus einigen Mitgliedern bestehenden Ausschuh den Auftrag erteilt, die im Verlauf der Sitzung vertretenen Meinungen zusammenzufassen und einen ausgearbeiteten Text der Konferenz vorzulegen.

## 212 Milliarden Goldmark!

Paris, 27. Januar. Vertinag teilt im „Echo de Paris“ mit, daß der französische Finanzminister auf Grund der Schätzung der Reparationskommission die vorzulegende Forderung an Deutschland mit 212 Milliarden Goldmark anab, einschließlich Zinsen und Amortisation. Diese Ziffer sei zweimal so groß wie diejenige, die in Boulogne genannt worden sei. Sie gehe über alles hinaus, was man bisher über die Höhe der Gesamtsumme gedacht habe.

Nach dem „Matin“ soll der französische Finanzminister erklären, Deutschland solle den Alliierten die Gesamtschuld mit 5 Proz. verzinsen und in 30 oder mehr Jahreszahlungen entrichten. Bei 42 Jahreszahlungen würde die Annuität 12 Milliarden jährlich betragen. Nach dem Bericht Doumiers hat Deutschland im Jahre 1913 für 10 Milliarden ausgeführt. Da der Wert der Waren unabhängig von dem Geldkurs um 70 Proz. gefallen sei, könne Deutschland leicht für 17 Milliarden Waren ausführen. Die Einfuhr Deutschlands müsse dagegen auf das Dringendste beschränkt bleiben und könne auf 5 Milliarden heruntergedrückt werden. Auf diese Art würde also ein Exportüberschuh von 12 Milliarden erzielt werden, den Deutschland dazu aufwenden müsse, die Alliierten zu bezahlen. Als Garantie sah Doumer nicht militärische Maßnahmen ins Auge, sondern

Vormundschaften wie sonst ohnmächtigen Städten gegenüber.

Der Finanzminister betont, Frankreich sei am Ende seiner Kraft und könne nicht länger mehr für Deutschland bezahlen.

Berliner schreibt im „Echo“, die alliierten Vertreter hätten sich über diese Theorie sehr erstaunt gezeigt. Man hätte auch feststellen können, daß die englischen Vertreter nunmehr eine andere Sprache sprächen. Einer von ihnen habe sogar von einem Taktman zu Babel gesprochen, an dem man jetzt arbeite. Es sei Zeit, daß Millerand und Briand eine gemeinsame Marschroute aufstellten.

## Lord George kritisch.

London, 27. Januar. (M.A.) Die Pariser Korrespondenten der liberalen englischen Zeitungen berichten, daß Lord George durch die Ausführungen Doumiers höchst unangenehm berührt war. Er hat den französischen Finanzminister durch sündige Zwischenfragen unterbrochen. So fragte er z. B., welche Maßnahmen die französische Regierung eigentlich unternommen habe, um das Defizit ihres Haushalts zu begleichen. Er war auch außerordentlich überrascht, als er feststellen mußte, daß die Besteuerung in Frankreich auf den Kopf der Bevölkerung viel niedriger sei als in Deutschland und England.

Ein in London veröffentlichter Bericht des Wirtschaftssekretärs Thelwall von der britischen Botschaft in Berlin hebt die überraschende Besserung in Deutschland, allerdings mit Ausnahme der Staatsfinanzen, hervor. Man dürfe jedoch nicht aus dem Auge verlieren, daß es nur bei einer verhältnismäßig geringen Produktion möglich gewesen sei, gute Ergebnisse zu erzielen. Dies erkläre, daß der Wohlstand auf der einen Seite die Not der Arbeiterschaft auf der anderen Seite gegenüberstehe. Der Bericht schließt, der deutsche Handel und die deutschen Industrien seien in sich gefund. Das jetzige Jahr werde wohl nicht einen Bankrott Deutschlands bringen, da weder Deutschland selbst noch irgend jemand anders irgendein Interesse am Bankrott Deutschlands habe.

## Nicht „Herzlichkeit“, sondern „Gerechtigkeit“.

Nach dem W.B.-Bericht sollte Briand in seiner programmatischen Erklärung betont haben, daß zwar der Friede hergestellt sei, jedoch nicht der wirkliche Friede, „der Friede der Herzlichkeit und der Moral“. Wir hätten damals schon unsere Ueberraschung über diese Wendung des neuen Ministerpräsidenten zum Ausdruck gebracht und zur Klärung die Vermutung ausgesprochen, daß es sich hier um die Uebersetzung des Wortes „cordialité“ handle, das im Französischen einen etwas höheren, weniger verbindlichen Klang habe, als die deutsche „Herzlichkeit“.

An der Hand der jetzt hier vorliegenden französischen Blätter können wir feststellen, daß wir uns insofern geirrt haben, als Briand weder von „cordialité“ — noch von „Herzlichkeit“, sondern nur von „Gerechtigkeit“ gesprochen hat. Es handelte sich einfach um einen nicht unwesentlichen Uebersetzungsfehler des W.B. Denn die Stelle in Briands Rede, in der er erklärte, „der wirkliche Friede, der Friede der Gerechtigkeit und der Moral“ sei noch nicht vorhanden, hatte nur den Sinn, Frank-

reichs Ansprüche auf die Wiedergutmachung mit den üblichen Redensarten von Gerechtigkeit und Moral zu versehen und zu bekräftigen. Wir haben indessen erfahren, daß Frankreich allein von uns die Kleinigkeit von 212 Milliarden Goldmark unter diesem Motto verlangt.

Unsere Steppis bezüglich der Sehnsucht der Regierung Briand nach einer Atmosphäre der „Herzlichkeit“ zwischen den früheren Kriegsgegnern war also vollberechtigt. Wie überhaupt es weder „Gerechtigkeit“, noch „Moral“, geschweige denn „Herzlichkeit“ auf der Grundlage des Versailler Diktats geben kann und geben wird.

# Vergeßt es nicht,

die Wählerlisten einzusehen. Nur noch bis zum Sonntag ist Zeit dazu. Wer nicht in der Liste verzeichnet ist, kann am 20. Februar nicht wählen. Darum darf niemand vergessen, die Liste auf ihre Richtigkeit zu prüfen.

## Aus den Ausschüssen.

### Unstwieriges Amt. — Reichsfinanzministerium.

Der Hauptausschuh des Reichstages verabschiedete den Etat des Auswärtigen Amtes. Betreffs der finanztechnischen Sachverständigen (Finanzbeiräte im Ausland) führte Minister Dr. Simons aus, daß es zweifelhaft sei, ob diese Einrichtung des früheren Reichsfinanzministers Erzberger auf die Dauer beibehalten werden kann. — Abg. Dr. Schreiber (S.) sprach über das Studium der Ausländer an den deutschen Universitäten. — Reichsminister Dr. Simons: Die Frage des Ausländer-Studiums in Deutschland macht mir viel Sorge, weil nicht nur die Platzfrage in den Universitäten, sondern auch die Wohnungs- und Unterbringungsfrage in den Universitätsstädten Schwierigkeiten bietet. Das Auswärtige Amt hat eine Rundfrage an die Universitäten ergehen lassen, um festzustellen, wo noch Platz für die Aufnahme von Ausländern ist. Es ist dadurch und durch Verhandlungen mit den Landesbehörden gelungen, eine Besserung der Verhältnisse zu erzielen.

Darauf wurden die Beratungen über den Etat des Reichsfinanzministeriums wieder aufgenommen.

Abg. Hoch (Soz.) besprach eine Beschwerde über die Aufhebung des Reichsversicherungsamtes in Hanau, die nicht im Einvernehmen mit der Abteilung des Arbeitsministeriums für Erwerbslosenfürsorge vorgenommen worden ist; sonst wäre die Auflösung nicht in der Zeit einer so großen Arbeitslosigkeit verfügt worden. Welche Gewichtsgründe seien beim Vorlauf der Entscheidung? — Der Reichsfinanzminister: Die Reichsversicherungsämter sollen und müssen aus Finanzgründen auf den unbedingt notwendigen Stand reduziert werden. Den Verkauf von Heeresmaterial regeln unabhängige Verträge. — Die Abg. Schmidt (Soz.) und Bauer (Soz.) treten der Darstellung des Ministers Dr. Schulz über den Abschluß der Verträge mit der landwirtschaftlichen Handelsbank entgegen; Damals hat das Kabinett auf Betreiben der landwirtschaftlichen Interessenten das Ansehen des Reichsfinanzministers, den Bedarf an Heu und Stroh auf dem Zwangswege zu decken, abgelehnt. Die betreffende Bank ist eine Vertretung der Interessenten und dem damaligen Reichswirtschaftsminister von ihnen auf wärmste empfohlen worden. Die Vorwürfe gegen den damaligen Reichswirtschaftsminister sind unberechtigt. — Abg. Bruhn (Dnat. Sp.) hält seine Vorwürfe aufrecht. — Nach weiterer Debatte bewilligt der Hauptausschuh sämtliche Etatspositionen des Reichsfinanzministeriums mit Ausnahme der Titel für die Reichsbeleidigungsämter und für die Durchführung der Sozialversicherung der Elektrizitätswirtschaft, deren Beratung zunächst ausgesetzt wird.

### Das geschtete Unternehmertum.

Der Sozialpolitische Ausschuh des Reichstages lehnte die Beratung des Gesetzes über die Betriebsbilanz, Gewinn- und Verlustrechnung fort. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wurde der von allen übrigen Parteien gestellte Kompromißantrag zu § 1 angenommen, der folgenden Wortlaut hat:

§ 1. Die nach § 72 des Betriebsrätegesetzes vom 4. Februar 1920 vorzulegende Betriebsbilanz muß nach den für das Unternehmen geltenden gesetzlichen Bilanzgrundstzen die Bestandteile des Vermögens und der Schulden des Unternehmens derart erkennen lassen, daß sie für sich allein und unabhängig von anderen Urkunden eine Uebersicht über den Vermögensstand des Unternehmens gewährt. Das dem Unternehmen nicht gewidmete Vermögen des Unternehmers bleibt hierbei außer Betracht. (!)

Dazu wurde noch folgender § 1a hinzugefügt:

Zur Erläuterung der Betriebsbilanz ist über die Bedeutung und Zusammenhänge der einzelnen Bilanzposten Auskunft zu geben. Auf wesentliche Veränderungen, die im Geschäftsjahr vorgenommen sind, ist hinzuweisen. Sind Aktiva oder Passiva im Laufe des Geschäftsjahres aus dem Betriebsvermögen dem Nichtbetriebsvermögen oder aus dem Nichtbetriebsvermögen dem Betriebsvermögen zugeführt worden, so sind sie bei Vorlegung der Betriebsbilanz in einer besonderen Aufstellung aufzuweisen. Gehten zu dem Unternehmen mehrere Betriebe, so muß bei Vorlegung der Betriebsbilanz, soweit es die Eigenart des Unternehmens und der dazu gehörenden Betriebe gestattet, die Geschäftslage der einzelnen Betriebe erläutert werden.

Die übrigen drei Artikel der Regierungsvorlage wurden mit Streichung des Absatz 2 zu § 4 angenommen, der besagt, daß die Vorschriften auf Bilanzen, sowie auf Gewinn- und Verlustrechnung die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes schon aufgestellt waren, keine Anwendung finden. Die Bilanzen für das Geschäftsjahr 1920 sind demnach dem Betriebsrat vorzulegen.

## Lohnsteuer statt Steuerabzug.

Der Steuerausschuh des Reichstages hat auch gestern noch über die Frage, wie über die Schwerefaktoren hinwegzukommen sei, die sich daraus ergeben, daß das Einkommen des Kalenderjahres 1920 zwar als Grundlage zur Berechnung der Steuer dienen soll, kam aber damit noch nicht zum Abschluß. Es wurde schließlich ein Unterausschuh eingeleitet, der versuchen soll, einen neuen Vorschlag zu machen.

Gemäß einem in der vorigen Sitzung gefaßten Beschluß legte der Reichsfinanzminister dem Ausschuh eine Denkschrift vor über die

### Umwandlung des Steuerabzuges in eine Lohnsteuer.

Der Grundgedanke der Denkschrift geht dahin, den Steuerabzug so zu gestalten, daß er die ganze Steuerlast deckt. Zu diesem Zweck soll eine einheitliche Lohnsteuer von 10 Proz. von allen Lohn- und Gehaltsbezüglern, die den Betrag von 20 000 M. nicht übersteigen, erhoben werden. Lohn- und Gehaltsempfänger mit einem Jahreseinkommen von weniger als 20 000 M. sollen einer besonderen Veranlagung nicht unterliegen, wenn nicht neben dem Lohn- oder Gehaltseinkommen noch ein Einkommen aus anderen Quellen in einem bestimmten Mindestbetrag vorliegt. Der bisherige steuerfreie Einkommensteil soll ersetzt werden durch einen Abzug an der Steuer, der für jede auf das Einkommen angewiesene Person 120 M. betragen soll. Für Werbungskosten soll jedem Lohn- und Gehaltsempfänger ein weiterer Abzug an der Steuer von 60 M. zugestanden werden. Einkommen von über 20 000 M. unterliegen der Veranlagung. Aber auch für sie gilt für die ersten 20 000 M.

der Steuerlosh für 10 Proz. Für die überschreitenden Einkommensbeträge ist ein rasches Ansteigen der Tarifstufen vorgesehen, und zwar in folgender Weise: Die Einkommensteuer beträgt

für die ersten	20 000 M. steuerbaren Einkommens	10 Proz.
„ „ „	2 000 „	20 „
„ „ „	2 000 „	22 „
„ „ „	2 000 „	24 „
„ „ „	2 000 „	27 „
„ „ „	2 000 „	30 „
„ „ „	10 000 „	35 „
„ „ „	20 000 „	40 „
„ „ „	20 000 „	45 „
„ „ „	20 000 „	50 „
„ „ „	400 000 „	55 „
für die weiteren Beträge		60 „

Nach diesen Grundzügen würde gegenüber den Wirkungen des bestehenden Gesetzes in den unteren Einkommensstufen eine erhebliche Abschwächung der Steuerlast eintreten, die sich namentlich mit der wachsenden Kinderzahl stark fühlbar macht. Die Minderungen des geltenden Tarifs würden aber rasch abnehmen in den Einkommensgruppen etwa von 20 000 bis 50 000 M. Bei Einkommen von 80 000 M. würde der neue Tarif etwa ebenso wirken wie der des geltenden Gesetzes, bei Einkommen über 100 000 M. würde er eine kleine Verschärfung bringen, die bei ganz großen Einkommen 2000 bis 3000 M. betragen würde.

## Vorwärts mit der Schulreform!

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstage den Antrag eingebracht, der Reichstag möge die Reichsregierung dringend anfordern, den Entwurf des wiederholt angekündigten und aus Artikel 143 der Reichsverfassung notwendigen Gesetzes über die Grundlagen einer für das ganze Deutsche Reich einheitlichen Lehrerbildung baldigst, mindestens aber noch in dem laufenden Tagungsabschnitt des Reichstages vorzulegen.

Wir hoffen und wünschen, daß auch das Reichsschulgesetz zur Durchführung des Artikels 146 Absatz 2 (Konzeptions-, Gemeinschafts- und weltliche Schule) endlich herausgebracht wird.

## Ein Adolf-Hoffmann-Spaß!

Dem Vorstand unserer Reichstagsfraktion wird und geschrieben: Der Abgeordnete Adolf Hoffmann hat in der Sitzung des Reichstages vom 26. Januar den Abgeordneten Höring durch den mehrmals laut wiederholten Zwischenruf, er sei betrunken, herabzuwürdigen versucht. Da wider Erwarten ein geringer Teil der Presse über diesen auf allen Seiten des Quai's als einen unaufrichtigen Verdächtigen angedeuteten Angriff Hoffmanns in ernster Weise berichtet hat, erordert die Wahrheit festzustellen, daß die Zwischenrufe des Abg. Hoffmann nicht nur unaufrichtig, sondern auch unbegründet waren.

## Regierungskommunist Däumig.

Die „Rote Fahne“ wendet sich gegen unsere Mitteilung, daß sich Däumig „Arbeiterrat“ im Frühjahr 1919 durch einen Mittelmann um einen Zuschuh von 30 000 M. an den „Heimatsdienst“ gewandt und diese Summe schließlich durch die „Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche und wirtschaftliche Erziehung“ erhalten habe.

Wir halten unsere Behauptungen aufrecht. Die bevorstehenden parlamentarischen Verhandlungen über den „Heimatsdienst“ werden Herrn Däumig Gelegenheit geben, sich zu der Darstellung der Regierungskommunisten für Heimatsdienst zu äußern. Mit der Ausrufe: „insbesondere hat Genosse Däumig mit ihr nichts zu tun“ ist gar nichts bewiesen. Wir haben in unserer ersten Veröffentlichung ausdrücklich mitgeteilt, daß sich die Redaktion des „Arbeiterrates“ eines Mittelmannes bedient habe.

## Kriegsgericht gegen Landrat.

Neuh, 27. Januar. (W.B.) Gestern wurde in Aachen vor dem belgischen Kriegsgericht über die gegen die Verurteilung des Landrates Freiherrn von Sünind-Neuh eingelegte Berufung verhandelt. Die Strafe wurde in der Berufungsinstanz noch verhärtet. Das Urteil lautete auf zwei Monate Gefängnis und 10 000 M. Geldstrafe. Der Landrat war beschuldigt, mehrfach militärischen Befehlen (wegen der Autoanmeldung) nicht sofort und widerspruchlos Folge geleistet zu haben.

## Schwarze Pocken in Posen!

Posen, 26. Januar. (W.B.) Der Posener Magistrat gibt gemeinsam mit dem Gesundheitskomitee der Stadt bekannt, daß die schwarzen Pocken ausgebrochen sind. Sie sind demnach durch die hier aus dem Osten zugewanderte Bevölkerung, hauptsächlich durch die von der Front zurückgekehrten Truppen, eingeschleppt worden.

## Der Menschenraubzug.

Frankfurt a. M., 27. Januar. (W.B.) In einem Teil der Presse wird bei Besprechung des Ueberfalls in Eberbach durch amerikanische Militärpolizisten behauptet, die Amerikaner hätten von den deutschen Behörden ausgestellte Ausweise besessen. Wie die „Frankf. Ztg.“ an zuständiger Stelle erfährt, ist dies unrichtig. Die Ausweise, die die Amerikaner besaßen, waren ungültig, weder die deutsche Poststelle noch die Militärpoststelle Koblenz, die allein zur Ausstellung von Ausweisen berechtigt sind, haben die Genehmigung zu dieser Reise ins unbefestigte Gebiet erteilt. (Nach diesem Wortlaut besteht immerhin die Möglichkeit, daß eine nicht berechtigte deutsche Behörde sich die Ausstellung dieser Ausweise hat abtun oder abtun lassen. Red.)

Der Besoldungsplan im Landtagsauschuh angenommen. Der Besoldungsausschuh der Preussischen Landesversammlung beendigte am Donnerstag seine Beratungen und genehmigte den Besoldungsplan. Die Regierung sagte zu, daß die Veröffentlichung tunlichst bald erfolgen soll. Auch die Mehrbezüge, die sich aus einer anderen Klasseneinreihung ergeben, sollen alsbald zur Auszahlung gelangen. Zustimmung fand eine Anregung, beim neuen Landtag ähnlich wie im Reich einen ständigen Ausschuh für Beamtenfragen einzurichten.

Keine neuen Reichsmittel für den Wohnungsban. Das Reichsarbeitsministerium teilt mit: Bei den 925 Millionen Mark, die der Hauptausschuh des Reichstages kürzlich zur Förderung der Neubautätigkeit und zur Fertigstellung angefangener Bauten bewilligt hat, handelt es sich nicht etwa um neue Mittel. Der Betrag von 925 Millionen Mark ist vielmehr in verschiedenen Beträgen schon im Laufe des Rechnungsjahres 1920 durch die einzelnen Notetats bewilligt worden. Die neueste Bewilligung betrifft lediglich die endgültige Einstellung des Betrages in den Haushalt des Reichsarbeitsministeriums für das Jahr 1920. Die 925 Millionen Mark sind bereits an die einzelnen Länder zur Unterstützung der 1919 und 1920 in Angriff genommenen Bauten verteilt worden. Die Beträge sind bereits restlos verbraucht. Ob und welche Mittel das Reich für die Förderung des Wohnungsbaues im Jahre 1921 bereitstellen kann, hängt davon ab, ob die Verhandlungen über die Deckung zu einem befriedigenden Abschluß kommen.



# Gewerkschaftsbewegung

## Arbeiterräte in den Oberförstereien.

Der preussische Landwirtschaftsminister hat eine neue Verfügung erlassen, in der er unter Hinweis auf seine früheren Verfügungen fordert, daß möglichst in jeder Oberförsterei ein Betriebsrat oder Betriebsobmann gewählt werden muß. Der Begriff der zu den Wahlen zu den Betriebsräten oder Betriebsobmännern zugelassenen „ständigen Arbeiter“ soll möglichst weit gefaßt werden. Da in zahlreichen Oberförstereien die früheren Anweisungen immer noch zu eng ausgelegt werden, hat der Minister bestimmt, daß im Staatsforstbetriebe zur Klasse der ständigen Arbeitnehmer im Sinne des § 4 des Betriebsrätegesetzes die in staatlichen Waldarbeiterwohnungen untergebrachten Forstarbeiter, ferner Forstarbeiter, die sonstigen, den festen Stamm bildenden und die in regelmäßiger Wiederkehr zu längerer Beschäftigung eingestellten Waldarbeiter zu zählen sind. Auch die nur regelmäßig alle Winter wiederkehrende beschäftigte Arbeiterklasse soll wahlberechtigt sein. Nicht zu berücksichtigen sind allein die nur für kurze Zeit angenommenen Gelegenheitsarbeiter. Unter diesen Vorbedingungen sind fast in sämtlichen Oberförstereien die Voraussetzungen für die Einrichtung der gesetzlichen Betriebsvertretung vorhanden.

## Zu den Wahlen im Holzarbeiterverband.

Die Antizipation zur Wahl im Holzarbeiterverband wird von den Anknädeln in acht kommunistischer Weise betrieben. In allen Mitgliedsversammlungen werden sich stets zuerst eine Anzahl Kommunisten zum Wort, halten lange Reden, oft stundenlang, nehmen den ganzen Abend allein in Anspruch und hindern so andere Mitglieder am Sprechen. Wo doch andere Redner zum Wort kommen, wird fortgesetzt geföhrt, auch in den Versammlungen, wo ihre Redner gebühlich angehört werden. Die gleichen Redner, Antragssteller und Sturmkolonnen treten jeden Abend in einer anderen Versammlung auf. So gelang es ihnen wiederholt, Versammlungen zu überumpeln. Im Bezirk Norden feigten sie es durch Versammlungsbeschlüsse durch, daß nur ihre Kandidaten auf die Delegiertenliste zur Generalversammlung kommen. Eine solche Kandidatenliste ist ungültig. Die Mitglieder des Bezirks Norden werden ersucht, die von der Versammlung abgelehnten Vorschläge ans Bureau (Adresse: Fröh Hoer) einzuschicken.

Als Kandidaten zur Ortsverwaltung haben die Kommunisten in erster Linie die bei der Erwerbslosenfürsorge beschäftigten Mitglieder herangezogen. Dort sorgen sie dafür, daß andere als Kommunisten zu dieser Beschäftigung möglichst nicht kommen. Vielleicht, weil sie rechnen, die große Zahl der Arbeitslosen so besser unter ihrem Kommando zu haben, sie zu allen kommunistischen Aktionen benutzen und sie auch als Sturmkolonnen nach den Versammlungen dirigieren zu können. Bei der Verwaltung der Erwerbslosenfürsorge haben die Kommunisten gezeigt, was sie leisten können. Jeder vernünftige Arbeiter wird sich hüten, diese Leute an die Spitze einer Organisation zu wählen.

Im Holzarbeiterverband bilden die Fischer die große Mehrheit unter allen Branchen. Da bei den vielen Arbeitsfreizeiten im Gewerbe branchenkundige Leute notwendig sind, verteilt man sonst die Kandidaturen unter den Branchen nach dem Bedürfnis und dem Verhältnis der Mitgliederzahl. Die Kommunisten schlagen von 13 Mitgliedern zur Verwaltung nur 3 Fischer vor, und diese auch nur zu untergeordneten Posten wie Schriftführer und Beisitzer.

Die Kandidaten der mehrheitssozialistischen Holzarbeiter sind: 1. Bevollmächtigter August Siefeld, Tischler, 2. Bevollmächtigter Johann Germroth, Tischler; 1. Kassierer Ferd. Wids, Tischler, 2. Kassierer Paul Wids, Drechler; 1. Obmann der Schlichtungskommission Leonhard Prose, Tischler; 1. Schriftführer Robert Schade, Tischler, 2. Schriftführer Franz Hentke, Tischler; Beisitzer Wilhelm Hirs, Kleidermacher, Max Wegner, Tischler, Albert Runge, Tischler, Hugo Walter, Korbmacher; Obmann der Revisoren Heinrich Köster, Tischler; Sekretär der Verwaltung Wilhelm Krüger, Tischler.

Mit den Wahlen wird sich noch eine Versammlung der S.P.D.-Holzarbeiter beschäftigen, die am Dienstag, den 1. Februar, abends 6 1/2 Uhr, in der Aula des Sophien-Gymnasiums, Steinstr. 31-34, auch Durchgang Weinmeisterstr. 15, 3. Hof, 2 Tr., stattfindet.

## Drohender Streik im Butterkneinhandel.

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: Die Angestellten im Butterkneinhandel stehen seit mehreren Wochen in einer Lohnbewegung, da die Löhne mit den heutigen Verhältnissen nicht mehr im Einklang stehen. Die Verkäuferinnen haben heute noch einen Stundenlohn von 1,75 M. bis 1,90 M. und können mit diesen Löhnen nicht mehr auskommen. Am 26. Januar fand in den Prachisälen Alt-Berlin eine Versammlung der gesamten

Angestellten der Branche statt. Der Referent, Kollege André, gab den vom Schlichtungsausschuß Groß-Berlin gefällten Schiedspruch bekannt. Danach erhöht sich der Stundenlohn auf 1,92 bis 2,85 M. Er schilderte, warum ein so schlechter Schiedspruch für die Angestellten gefaßt wurde. Selbst bei den vom Schlichtungsausschuß festgesetzten Gehältern können die Angestellten nicht existieren und hätten nun darüber zu entscheiden, was geschehen soll. Einstimmig wurde der Schiedspruch abgelehnt und gleichzeitig beschlossen, in allen Betrieben über den

605 Stimmen wiedergewählt. Die Kommunisten brachten es auf 207 Stimmen, während sich die U.S.P. mit 170 Stimmen beiseite drückte.

Auch die Wahlen für die Ortsverwaltung Rätzingen-Wilhelms haben den Deutschen Metallarbeiterverband ebenfalls mit einem glänzenden Siege der S.P.D.-Kandidaten. Ihre Liste erhielt 825-791 Stimmen, die Liste der U.S.P. 233-186 Stimmen, während die kommunistische Liste es auf 199-187 Stimmen brachte.

**Coewe-Arbeiter.** Die im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Kolleginnen und Kollegen geben am Freitag und Sonnabend in der Zeit von 9 bis 2 Uhr im Lokal Sturz, Hüttenstraße 9, Verbandsbücher ab. Deutscher Metallarbeiterverband.

**Wartung Betriebsräte der Sozialversicherung!** Die für heute abend 6 Uhr angelegte Versammlung fällt wegen einer anderweitigen Versammlung des Zentralverbandes der Angestellten aus. Neuer Versammlungstermin wird noch bekanntgegeben. Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale.

**Buchbinderverband.** Heute abend 7 Uhr findet in den Berliner Vereinskongressen, Kommandantenstr. 9, außerordentliche Generalversammlung statt. Wichtige Anträge, des Statuten- und Unterhaltungsweisen betreffend, bedingen das Erscheinen aller Delegierten zur Generalversammlung. Die freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale hat zu heute (Freitag) eine Betriebsräteversammlung des graphischen Gewerbes einberufen. Delegierte zur Generalversammlung, die gleichzeitig Betriebsräte sind, gehen in die Generalversammlung des Buchbinderverbandes. Es findet später eine besondere Versammlung der Buchbinderbetriebsräte statt, in welcher die Wahlen vorgenommen werden. Die Ortsverwaltung.

**Zentralverband der Angestellten.** Heute. Berufsvereinschaften: abends 6 Uhr Hochhausstr. 23, Bismarckstr. 23. — Brauereien: abends 7 Uhr Rautenstraße, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. — Metall: abends 7 Uhr Versammlung der Delegierten der Fabrikgruppe Metall, Sophien-Säle, Sophienstr. 17/18. — Verkehr: abends 7 1/2 Uhr Funktionsversammlung, Verbandsklub, Belle-Alliance-Str. 7/9. — Provinzial- und Gemeindebediensteten (Sektion Bureauhilfskräfte): abends 7 Uhr Funktionsversammlung, Victoria-Säle, Belle-Alliance-Str. 22.

## Jugendveranstaltungen.

Heute, den 28. Januar:

**Gesundbrunnen:** Schule Cöthenburger Str. 2, Diskussions: „Wanderversuche“ — Nacht: Schule Waldenstr. 20, Diskussionsabend — Kraftklub: Rognitzstr. 33, Vortrag: „Alte und neue Kultur“ — Nacht: Realgymnasium, Kaiser-Friedrich-Str. 20/21, 10. — Freie Arbeitervereinschaft (Verband sozialistischer Lehrer): Sonnabend, abends 7 Uhr, Gedächtnisfeier, hinter der Garnisonkirche. — Wand der Konfessionslosen. Offizielle Versammlung Montag, den 31. Januar, abends 7 1/2 Uhr, in Ritters Park, Berlin, Bezirk 69. Thema: „Sozialdemokratie und Kirche. 31 Religion wirklich Christen?“ Referent: P. Petersdorf, Freie Arbeitervereinschaft. Eintritt 50 Pf. — Jüdischer Arbeiterklub. Sonnabend, den 29. Januar, abends 7 1/2 Uhr, Aula Kaiserin-Augusta-Gymnasium, Gieselerstr. 39 (Nähe Luisenpark), Diskussionsabend und literarische Einzelvorträge. Dirigent: Bernh. Seifert. Karten zu 2,50 M. am Eingang der Aula. Gänge herzlich willkommen.

Sonntag, den 30. Januar:

**Zentraljugendheim.** Lindenstr. 3, „Abol-Blasbrenner-Abend“, „Mit-Berliner Januar“, Vortragender: Genosse Schauspieler Heinz Fuhrmann.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

**Kriegsband der Kriegsschädigten.** Ortsgruppe Reußlin, Geschäftsstelle: Fontanestr. 22. Die Fortsetzung der am 7. Januar stattgefundenen Generalversammlung der obengenannten Organisation findet am Montag, den 31. Januar, abends 7 Uhr, im Festsaal des Kaiser-Friedrich-Realgymnasiums, Reußlin, Kaiser-Friedrich-Str. 20/21, statt. — Freie Arbeitervereinschaft (Verband sozialistischer Lehrer): Sonnabend, abends 7 Uhr, Gedächtnisfeier, hinter der Garnisonkirche. — Wand der Konfessionslosen. Offizielle Versammlung Montag, den 31. Januar, abends 7 1/2 Uhr, in Ritters Park, Berlin, Bezirk 69. Thema: „Sozialdemokratie und Kirche. 31 Religion wirklich Christen?“ Referent: P. Petersdorf, Freie Arbeitervereinschaft. Eintritt 50 Pf. — Jüdischer Arbeiterklub. Sonnabend, den 29. Januar, abends 7 1/2 Uhr, Aula Kaiserin-Augusta-Gymnasium, Gieselerstr. 39 (Nähe Luisenpark), Diskussionsabend und literarische Einzelvorträge. Dirigent: Bernh. Seifert. Karten zu 2,50 M. am Eingang der Aula. Gänge herzlich willkommen.

**Veranst. für den rebalt. Teil.** Dr. Werner Freitag, Charlottenburg: Nr. Arzberger Str. 10, Berlin. Vortrag: Norddeutscher-Verlag G. m. b. H. Berlin. Dr. F. Norddeutscher-Verlag u. Verlagsanstalt West-Verlag u. Co., Berlin. Ende Str. 3. Straß. 2. Belfort.

# Hausbesitzer!

Seht die polizeilichen Meldelisten der Mieter in Eurem Hause durch! Wenn Ihr einen Oberschlesier darunter habt, so erinnert ihn daran, daß er an der Volksabstimmung in seiner Heimat nur teilnehmen kann, wenn er sofort den Formularantrag auf Eintragung in die Abstimmungslisten stellt. Anträge, die nicht spätestens am Sonntag abend

von hier abgehen, sind in Gefahr, nicht bis zum Schluß der Anmeldefrist (3. Februar) bei der Abstimmungsbehörde in Oberschlesien einzutreffen.

Die Meldestellen der Vereinigten Verbände heimat-treuer Oberschlesier, die an den Anschlagstulen bekanntgegeben sind, nehmen die Anträge entgegen und erteilen Rat und Hilfe bei der Ausfüllung der Formulare. Auch Gutscheine zur Anfertigung von Photographien sind dort zu haben.

Die Meldestellen sind auch den ganzen Sonntag geöffnet.

## Vereinigte Verbände heimat-treuer Oberschlesier

Streik abzustimmen. Nach der Stimmung der Anwesenden zu urteilen, wird kaum eine Stimme gegen den Streik sein und haben nun die Arbeitgeber zu entscheiden, ob sie gewillt sind, die Verantwortung zu übernehmen.

## Deutscher Bekleidungsarbeiterverband.

Wir machen alle Mitglieder, die auf dem Boden praktischer Gewerkschaftsarbeit stehen, auf die am

Sonnabend, den 29. d. M., in der Zeit von 1-7 Uhr, stattfindenden Urwahl

der Füllausleitung aufmerksam.

Kollegen und Kolleginnen, wer will, daß die Geschlossenheit der Organisation zum Wohle der Arbeiterschaft erhalten bleibt, wer will, daß das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder gewahrt bleibt und nicht von weltfremden russischen Diktatoren bestimmt wird, wer in der Leitung der Organisation sich und Stimme hat; wer weiter will, daß nur die Mitglieder der Organisation bestimmen, welche Taktik in der Organisation gelten soll und nicht damit einverstanden ist, daß nach dem Willen der Richtung Schumacher von organisationsfremden russischen Terroristen die Angelegenheiten innerhalb unserer Organisation erledigt werden sollen, der wähle am Sonnabend, den 29. d. M. die unüberänderte

## Liste Lehmann, Fischer, Kotsch.

Kollegen und Kolleginnen! Nach einem Beschluß der Ortsverwaltung und des Zentralwahlkomitees sind Streichungen auf den Listen nicht zulässig. Alle Listen, auf denen Streichungen oder Änderungen vorgenommen sind, müssen für ungültig erklärt werden. Alle Mitglieder werden dringend ersucht, ihr Wahlrecht auszuüben. Als Legitimation gilt Mitgliedsbuch oder Karte für Kranke oder Erwerbslose, deren Mitgliedsbuch oder Karte bei der Ortsverwaltung hinterlegt ist, gilt der von der Ortsverwaltung ausgestellte Ausweis. Die Bekanntgabe der Wahllokale siehe im Inseratenteil der heutigen Nummer dieses Blattes.

Der Fraktionsvorstand der S.P.D. J. M.: Fröh Kroll.

## S.P.D.-Erfolge im Metallarbeiterverband.

Eine Niederlage der Linkradikalen brachte die Generalversammlung der Bremer haben er Metallarbeiter. Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung wurden unsere Genossen mit



... Von heilwirkendem Einfluss bei ...  
**Gicht, Rheumatismus, Diabetes,  
 Nieren-, Blasen- und Harnleiden,  
 Sodbrennen usw.**

Brunnenschriften durch das FachingerZentralbüro, Berlin W 65, Wilhelmstr. 55



# Inventur-Ausverkauf

nur noch Freitag u. Sonnabend  
 enorm herabgesetzte Preise  
 für unser berühmtes Fabrikat.

unsere  
 Schaufenster  
 zeigen die  
 enormen  
 Vorteile  
 die nur wir  
 mit unserem  
 Fabrikat  
 bieten  
 können.

# Dorndorf

Friedrichstr. 65.

Taentzienstr. 16